

Hans J. Gießmann/Patricia Schneider (Hrsg.)

**Akademisches Netzwerk Südosteuropa –
Konzept und Masterarbeiten 2002/2003**

Heft 139

Hamburg, April 2005

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	5
Gordana Pervan: Der westliche Balkan: Regionale Kooperation als Notwendigkeit für erfolgreiche europäische Integration	9
Naida Mehmedbegović: Konfliktbearbeitung durch Dialog – dargestellt am Beispiel des Kongresses „Studenten bauen Brücken“	39
Zlatan Bajramović: The Role of the EU in the Peace-Building Process in Bosnia and Herzegovina. Case of the Stability Pact	63
Dokumentation: Academic Network Southeast Europa – Concept of the Network	93

Vorwort der Herausgeber

Die Arbeit am Projekt „Akademisches Netzwerk Südosteuropa“ wurde auf Initiative des früheren Direktors des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, im Herbst 2002 begonnen. Nach dessen völlig überraschenden Tod im Januar 2003 übernahm Prof. Dr. Hans J. Gießmann, stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des IFSH, die Gesamtverantwortung für das Projekt. Dr. Patricia Schneider, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IFSH, wurde mit der Aufgabe der Koordination des Netzwerks beauftragt.

Ziel des Netzwerks ist es zum einen, eine nachhaltige Kooperation von friedenswissenschaftlich befassten und friedenspolitisch engagierten Studierenden und Graduierten in Südosteuropa zu fördern und zu entwickeln. Zum anderen sollen in diese Zusammenarbeit auch Studierende und Graduierte aus Südosteuropa, die zur Zeit in Deutschland leben, sowie friedenswissenschaftlich befasste Institute und Einrichtungen der Bundesrepublik eingebunden werden. Eine Schlüsselrolle besitzt hier der vom IFSH und dem Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik durchgeführte postgraduale Masterstudiengang „Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg. Von Anfang an wurden, gefördert vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Studierende aus Südosteuropa für diesen Studiengang auch für das Ziel immatrikuliert, den Aufbau des Akademischen Netzwerks zunehmend in die Hände motivierter und interessierter Graduierte aus der Region selbst zu legen. Der DAAD ist für das IFSH die wichtigste Partner- und Förderorganisation in der Bundesrepublik für die Realisierung des Projekts. Aus Mitteln seines im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa aufgelegten Sonderprogramms „Akademischer Neuaufbau“ gewährt der DAAD seit 2002 auf Antrag des IFSH u.a. Stipendien für Studierende und Doktoranden sowie Fördermittel für die Durchführung von Teilprojekten.

Das Netzwerkprojekt wird von einem internationalen Kuratorium begleitet, dem Prof. Dr. Dan Bar-On, Professor für Psychologie an der Ben-Gurion-Universität in Beer-Sheva und Co-Direktor des „Peace Research Institute in the Middle East“ (Prime), Dr. h.c. Hans Koschnick, ehemaliger EU-Administrator in Mostar und Balkan-Beauftragter der Bundesregierung sowie Oberst a.D. Bernd Papenkort, Gründungsdirektor der Multilateralen Akademie in Sarajevo, als Mitglieder angehören.

Wissenschaftliche Erträge der Studierenden des Masterstudiengangs „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ zur Konzeptualisierung friedlicher

konstruktiver Konfliktbearbeitung ungeachtet ethnischer und nationaler Zugehörigkeit der Beteiligten kommen der Arbeit des Netzwerks zugute. Unter anderem wurden die Forschungsergebnisse auf nationalen und internationalen Workshops und Konferenzen vorgestellt bzw. für deren Durchführung fruchtbar gemacht. Ihre Veröffentlichung in Auszügen dient dem Zweck, die Erkenntnisse einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, zur Diskussion anzuregen und auf diese Weise einen Beitrag für die weitere Entwicklung des Netzwerks zu leisten. Interessierte Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Netzwerk sowie vor allem auch Förderer und Unterstützer dieses Vorhabens sind zur Mitarbeit gern eingeladen.

Ausführliche Informationen zu den Zielen, Aufgaben und Partnern des Netzwerks sowie bestehenden Kontaktmöglichkeiten sind im Internet unter <http://www.akademischesnetzwerk-soe.net> verfügbar.

Im Anhang dieses Heftes ist das Konzept des Netzwerks (in englischer Sprache) dokumentiert.

Dieser Hamburger Beitrag stellt die Ergebnisse der Masterarbeiten der ersten DAAD-Stipendiaten im Rahmen des Netzwerkprojekts vor. Gordana Pervan, Naida Mehmedbegović und Zlatan Bajramović erwarben im Akademischen Jahr 2002/2003 den akademischen Grad eines „Master of Peace and Security Studies – M.P.S.“.

Gordana Pervan aus Kroatien hat in ihrer Arbeit die Möglichkeiten der regionalen politischen und wirtschaftlichen Kooperation in Südosteuropa im Rahmen der angestrebten erweiterten europäischen Integration untersucht. Die Entwicklung nachbarschaftlicher Beziehungen als Chance und nicht als Hindernis für eine raschere Einbindung aller Staaten in die europäischen Strukturen zu erkennen, ist das wichtigste Fazit der vorgelegten Analyse. Aus den Erfahrungen der Europäischen Union, deren erreichter Zustand als Ergebnis langjähriger Entwicklungs-, Klärungs- und Verhandlungsprozesse zu begreifen ist, kann geschlussfolgert werden, dass die Annäherung an die europäische Zusammenarbeit mit Vernunft und Augenmaß zu realisieren ist. Gleichzeitig richtet Gordana Pervan aber auch den Blick auf das Interesse der EU-Staaten an einer stabilen, auf Friedenskonsolidierung gerichteten Entwicklung in Südosteuropa. Hilfen zur Selbsthilfe und vor allem Unterstützung zur Entwicklung einer tragfähigen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Infrastruktur seien nicht nur ein Gewinn für die Empfängerländer von EU-Hilfen sondern auch von langfristigem Vorteil für die EU selbst.

Naida Mehmedbegović aus Bosnien und Herzegowina hat persönlich maßgeblichen Anteil am Zustandekommen einer einzigartigen Studierendeninitiative – der internationalen Kongressreihe „Studenten bauen Brücken“ – die, unterstützt und begleitet vom IFSH und dem Fachbereich Medizin der Universität Hamburg sowie durch Förderungen u.a. der Freien und Hansestadt Hamburg, des DAAD und der Alfred-Toepfer-Stiftung, seit 2002 an der Universität Hamburg durchgeführt wird und Studierende und Graduierte aus Südosteuropa zur Reflexion der Vergangenheit und zum kritisch-konstruktiven Dialog über die Zukunft ihrer Länder und Gesellschaften zusammenführt. Diese Initiative wird in der vorgelegten Arbeit als ein Fallbeispiel für Dialogprozesse untersucht, deren Ziel in der Verständigung und der Vertrauensbildung als zwei wichtigen Fundamenten für die Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften besteht. Vor der Folie in der Vergangenheit durchgeführter vergleichbarer Dialoge nach traumatischen Gewaltkonflikten stellt Naida Mehmedbegović Kriterien für den Erfolg von Dialogen vor und behandelt zugleich mögliche Ursachen für deren Scheitern. Die besondere Bedeutung ihrer Arbeit besteht nicht zuletzt darin, dass verallgemeinerungsfähige Schlussfolgerungen für die Fortführung der Initiative „Studenten bauen Brücken“ wie zugleich für ähnlich gelagerte Vorhaben gezogen werden.

Zlatan Bajramović aus Bosnien und Herzegowina untersucht den Beitrag der Europäischen Union zum Friedensprozess in seinem Heimatland. Die mangelnde Erfüllung der Festlegungen aus dem Friedensvertrag von Dayton wird als Ursache für die ungelösten strukturellen Friedensprobleme in Bosnien und Herzegowina angesehen. Zwar wurde mit dem Stabilitätspakt ein wichtiges Zeichen für die Übernahme von Mitverantwortung durch externe Akteure – namentlich die Europäische Union – gesetzt, jedoch sei dessen Umsetzung vielfach formalen Kriterien unterworfen. Es fehle darüber hinaus an Druckpotenzial, die konkurrierenden Akteure vor Ort zu Kompromissen zu bewegen. Zlatan Bajramović plädiert für ein sorgsam abgewogenes Instrumentarium externer und interner Einflussnahme unter Einbeziehung von ökonomischen Anreizen, aber auch von Sanktionen. In der Verknüpfung von Strategien zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Region mit der motivierende Zielperspektive einer Mitgliedschaft Bosnien und Herzegowinas in der Europäischen Union bestünde die Chance auf eine dauerhafte Friedenskonsolidierung.

Hans J. Gießmann/Patricia Schneider

Der westliche Balkan: Regionale Kooperation als Notwendigkeit für erfolgreiche europäische Integration

Inhalt

1. Einleitung	
1.1 Ausgangslage	10
1.2 Politische Relevanz der Arbeit	11
1.3 Definition und theoretische Konzeption	11
2. Zur Notwendigkeit der Zusammenarbeit in der Region des Westbalkans	13
2.1 Die negativen Voraussetzungen für die Durchsetzung regionaler Kooperationen im westlichen Balkan	14
2.2 Empfehlungen für zwischenstaatliche und grenzüberschreitende Kooperationen	15
3. Kooperation im Westbalkan als Lösung für die defizitären ökonomischen und politischen Bereiche	16
3.1 Der praktische Nutzen durch Regionalkooperation	17
3.2 Kosten der regionalen Kooperation	17
4. Kooperative Institutionen im westlichen Balkan	18
4.1 Organisationen auf zwischenstaatlichen Ebenen	19
4.2 Bilaterale Freihandelsabkommen	20
4.3 Das regionale Kooperationsmodell im Rahmen des CARDS-Programms	21
5. Die Europäische Union und die westlichen Balkanländer	22
5.1 Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den Westbalkan	22
5.2 SAP und die regionale Zusammenarbeit	24
5.3 Wirtschaftliche und politische Entwicklung in den westlichen Balkanländern	24
6. Mit dem Prozess der Regionalisierung einhergehende Probleme	26
6.1 Politisch-psychologische Bedenken gegenüber einer Institutionalisierung von Regionalkooperation	26
6.2 Spannungsverhältnis zwischen der Politik der Bilateralität und der Regionalität	26
7. Fazit	29
Quellen- und Literaturverzeichnis	31

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage

Die Gemeinschaft Europas ist erst dann vollständig, wenn der südöstliche Teil Europas eingeschlossen ist. Die Erweiterung 2004 bringt die EU den westlichen Balkanländern¹ physisch näher, bis vor deren Haustür. Sie schafft eine neue Dynamik im europäischen Integrationsprozess und wirkt sich tief greifend auf den Westbalkan aus, indem dessen Ländern die europäische Perspektive sichtbar wird, mit der Botschaft, dass dafür harte Arbeit, schmerzhaftige Reformen und Anstrengungen notwendig sind.

Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens hatte für die Transformation der Staaten des westlichen Balkans tief greifende Folgen. Ohne den Reformwillen der Eliten und ohne politische Stabilität wird keines der Länder einen schnellen wirtschaftlichen Aufstieg erreichen. Mit ihren Hilfen für den westlichen Balkan verfolgt die EU zwei Zielsetzungen: Einerseits geht es um den Wiederaufbau und die Stabilisierung, andererseits um die Modernisierung und Heranführung der Länder an die EU. Bislang war für die Region der erste Ansatz maßgeblich, von nun an ist der zweite Weg einzuschlagen. Auf diesem Wege gibt es zwei Möglichkeiten, Einfluss auf die Stabilisierung des Westbalkans zu nehmen: Erstens durch die institutionelle Gestaltung der Integrationsbeziehungen zwischen der EU und der Region und zweitens durch die direkte wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Zusammenarbeit.

Die nachstehende Arbeit beschäftigt sich mit der zweiten Möglichkeit, einen Stabilitätszustand in den Ländern des westlichen Balkans zu erreichen. Im Anschluss wird auf die Harmonisierung der regionalen Zusammenarbeit mit den EU-Integrationsbestrebungen eingegangen.

¹ Der Begriff „Westbalkan“ wurde 1998 von Brüssel eingeführt. Zur Region Westbalkan gehören: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Serbien-Montenegro) und die (frühere jugoslawische Republik) Mazedonien (im Folgenden „Mazedonien“) (van Meurs 2003:37).

1.2. Politische Relevanz der Arbeit

Schon der Vorläufer des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses, der „Regionale Ansatz“, der in den Schlussfolgerungen (von 1996 und 1997) des Europäischen Rates festgelegt wurde, setzte voraus, dass mögliche Abkommen mit den Ländern Südosteuropas „von der Bereitschaft der jeweiligen Staaten zur Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn“ abhingen (Calić 2003a: 24). Es soll weiterhin die „Bereitschaft, mit den Nachbarstaaten in gutnachbarschaftliche, kooperative Beziehungen einzutreten, ... unter Beweis gestellt werden“ (ebd.: 24). Die Perspektive der EU-Mitgliedschaft der Staaten des westlichen Balkans wurde schrittweise mit der Anforderung regionaler Zusammenarbeit verbunden, angefangen in den Schlussfolgerungen des Rates in Feira im Juni 2000² und den Beschlüssen des Zagreber Gipfels vom November 2000³. Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sehen ebenso entsprechende Klauseln vor (Wittkowsky 2000:12).

Regionale Kooperation soll die Reformbestrebungen unterstützen. Viele Probleme der Balkanstaaten sind grenzüberschreitender Natur und sind nur durch Zusammenarbeit zu lösen. Die Perspektive eines EU-Beitritts, die die wichtigste gemeinsame Zielsetzung der Balkanländer darstellt, dient hierbei als notwendige Triebkraft für die Zusammenarbeit.

1.3. Definition und theoretische Konzeption

Unter „Regionale Kooperation“ wird für die Zwecke dieser Arbeit die zwischenstaatliche (multilaterale) und grenzüberschreitende (substaatliche) Kooperation zusammengefasst.

„Integration“ soll als höchste Stufe der Zusammenarbeit verstanden werden (Frensch 1996:59). „Im weitesten Sinne ist die Integration ein gesellschaftlicher Lernprozess, der auf der Basis von Gewaltlosigkeit und Freiwilligkeit eine nutzbringende regionale Zusammenarbeit ermöglicht“, so Eichkorn (1999:38).

Eine eindeutige Theoriezuordnung zu dem Konstrukt „regionale Zusammenarbeit“ erscheint schwierig. Will man den Versuch unternehmen, die Notwendigkeit der Regional Kooperation im Westbalkan einzuordnen, so

-
- 2 „Alle betroffenen Länder sind potentielle Bewerber für den Beitritt zur EU. Der Europäische Rat bestärkt die Staaten der Region, ihre regionale Zusammenarbeit, unter anderem durch regionale Handelsvereinbarungen, auszubauen“ (Europäischer Rat 2000).
 - 3 „Rapprochement with EU will go hand in hand with this process of developing regional cooperation“ (Die Europäische Union online 2000).

scheinen die neofunktionalistische Integrationstheorie und ansatzweise die Interdependenztheorie dafür den besten theoretischen Rahmen zu geben.

Im Rahmen der Theorie der „Politischen Ökonomie Internationaler Beziehungen“ bieten *Integrationstheorien* einen starken Ansatz, die regionale Zusammenarbeit zu begründen. Sie befassen sich mit dem Netzwerk der internationalen Austauschbeziehungen, wobei die Staaten anfangs in politisch wenig kontroversen Domänen zusammenarbeiten, um den Frieden sicherzustellen und die soziale Entwicklung zu beschleunigen (Eichkorn 1999:17). Im Kontext der Integrationstheorien ist die Funktionalismusstrategie zu unterstreichen, deren Ziel es nicht ist, „eine neue Autorität zu erzeugen, sondern vielmehr den Preis von Gewaltanwendung durch funktional beiderseitig vorteilhafte Interdependenz zu erhöhen und nationalstaatliche Grenzen obsolet zu machen“ (Eichkorn 1999:17). Während die Funktionalisten das Ende dieses Prozesses in der Entstaatlichung der Politik sehen, sprechen die Neofunktionalisten in der „spill-over“-These⁴ über eine „regional-föderativ verfasste Überstaatlichkeit“ (ebenda). *Neofunktionalismus* wird als Erklärungsansatz für die Entwicklung der EU angewandt. Es finden sich Integrationsbestrebungen in der regionalen, nationalen und gemeinschaftlichen Zusammenarbeit, die als Teilprozess der Europäischen Integration verstanden werden. Erfolgreich verlaufende grenzüberschreitende Kooperationen und zwischenstaatliche Zusammenarbeit, also Integrationen auf niedrigeren Ebenen, sind Voraussetzung dafür, dass die Integrationsvorgänge auf den höheren Ebenen ebenfalls erfolgreich verlaufen.

Der *kommunikationstheoretische Ansatz* von Deutsch (1968:147ff.) sieht als Voraussetzung für eine Integration ein bestimmtes Maß an kongruenten Wertvorstellungen und die Existenz eines verknüpften Kommunikationsnetzes als notwendig an. Die Integration entwickelt sich, nachdem die Verbindung durch die Eliten initiiert wird und die jeweiligen Bevölkerungsgruppen erkennen, dass bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse nur noch durch integrative Maßnahmen befriedigt werden können. Hier ist das vorrangige Ziel der Integration der Friede.

Eine weitere Theorie, welche die Vorteile des Konstruktes der regionalen Kooperation erklären kann, ist die *Interdependenztheorie*. Sie geht davon aus, dass „die Vielzahl und die Leichtigkeit der Transaktionen dank der

4 Gemeint mit „Spill-over“ ist der Übergang der ursprünglich rein funktionalen (wirtschaftlichen) Integration in eine politische Integration (Bellers/Häckel 1990: 294f.).

weitgehenden Offenheit der Volkswirtschaften und infolge der technologischen Entwicklungen insbesondere im Bereich von Transport und Kommunikation dazu führen, dass wirtschaftliche, soziale und politische Gegebenheiten in einem Land sich nicht auf dieses beschränken, sondern zu Veränderungen in anderen Ländern innerhalb des Verflechtungsraumes führen“ (Kohler-Koch 1990:112f.). Durch die verstärkende, gegenseitige Abhängigkeit kommt es zu einem Bedeutungsverlust des Nationalstaates; „die Möglichkeiten und Notwendigkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit, über ‚international governance‘ rücken in den Mittelpunkt des Interesses“ (Kohler-Koch 1990:124).

In der europäischen ökonomischen Entwicklung wird dem Phänomen der *Regionalisierung* eine hohe Bedeutung zugemessen. Der Grundgedanke der Förderung einer regionalen Zusammenarbeit im westlichen Balkan basiert auf dem Vorbild der Architektur des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), welcher die „Form einer institutionell verfestigten Assoziation einer ganzen Staatengruppe“ (Oeter 2002:7) darstellt. „Der Ansatz und die institutionelle Konstruktion eines multilateralen, auf eine ganze Staatengruppe bezogenen Rahmens mit einem á la carte-Ansatz selektiver Integration in die EG hat jedoch das Potential, auch als Lösungsansatz für eine Beitrittsassoziation einer ganzen Gruppe von Staaten zu dienen, deren zeitliche Beitrittsperspektive angesichts der hohen Reformhürden, die diese noch bis zur Beitrittsreife zu überwinden haben werden, mit hohen Unsicherheiten behaftet ist“. Als Zwischenlösung soll den westlichen Balkanstaaten eine Kombination der schrittweisen Annäherung an die Standards der EU und EG sowie der funktionsfähige Aufbau regionaler Zusammenarbeit angeboten werden.

2. Zur Notwendigkeit der Zusammenarbeit in der Region des Westbalkans

Vor dem Auseinanderbrechen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien am Anfang der neunziger Jahre waren fünf der heutigen Staaten des Westbalkans, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien, Mazedonien und Serbien-Montenegro, in einem Staat integriert und hatten enge wirtschaftliche Beziehungen untereinander. Für die meisten Republiken (mit Ausnahme von Serbien und Slowenien) waren die Exporte innerhalb des jugoslawischen Raumes wichtiger als außerhalb (Altmann 2002:5). Die tief greifenden Folgen des Zerfalls Jugoslawiens ließen jede positive Erinnerung an frühere Verbindungen verblassen. So endete die einzige politische und wirtschaftliche Kooperation in dieser Region. Die spätere Einführung von

Handelsrestriktionen verschärften die neuen Grenzen noch weiter (Gligorov 1999:371). Die EU wurde zum wichtigsten Handelspartner für die Länder des westlichen Balkans. Die EU-Perspektive förderte die Handelsliberalisierung einerseits durch asymmetrischen Abbau der bestehenden Handelsbarrieren zur EU, andererseits durch die Aufhebung von Handelsbeschränkungen zwischen den Ländern des westlichen Balkans. Es wurde dabei deutlich, dass die regionale Integration die Bedingung für eine erfolgreiche EU-Integration ist (Quaisser 2002:17).

Für die Begründung der regionalen Kooperation bieten sich drei Grundannahmen an (Bieber 2002:2):

1. Kooperation verdrängt Nationalismus
2. Kooperation bringt praktisch-wirtschaftliche Vorteile
3. Kooperationswille ist Bedingung für Europäische Integration

2.1. Die negativen Voraussetzungen für die Durchsetzung regionaler Kooperationen im westlichen Balkan

Zu den negativen Folgen des Zerfalls in der Region des westlichen Balkans in den 90er Jahren, die wenige Impulse für eine Zusammenarbeit gaben, kamen neue Barrieren:

- Benachteiligung durch neue Grenzen, Abwesenheit des freien Personen- und Warenverkehrs (Bieber 2002:3).
- Ein geringes Wissen und Vertrauen in bestehende Kooperationsformen ist bemerkbar. Während sich allgemein ein hohes Vertrauen in die EU findet (Lopandic 2002:4), genießen andere internationale Organisationen (z.B. Stabilitätspakt) viel weniger Vertrauen.
- Zu den Abgrenzungen zwischen den Ländern des Westbalkans führt auch das unterschiedliche Verhältnis zur EU. So ist Slowenien ab dem nächsten Jahr volles Mitglied der EU, Kroatien und Mazedonien unterzeichneten bereits das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, während die anderen Länder – Bosnien-Herzegowina, Albanien und Serbien-Montenegro – noch Verhandlungen führen (Altmann 2003:27).
- Die erforderlichen finanziellen Mittel zur Förderung der Kooperationen sind begrenzt, Budgetdefizite sind in allen Ländern an der Tagesordnung. Dazu kommen schwache institutionelle Voraussetzungen (Lopandic 2002:2), verbreitete Wirtschaftskriminalität und Schwarzmarkt, langsame und intransparente Privatisierung. Eine ausreichende

- Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, des Justizwesens und des Bankensektors sollte vorhanden sein, um die grenzüberschreitenden Kooperationen fördern zu können (Altmann 2002:7).
- Ein starkes Hindernis für eine engere Zusammenarbeit auf substaatlicher Ebene sind der hohe Grad an Zentralismus, fehlende Regionalisierung und das Nichtvorhandensein von starker lokaler Selbstverwaltung.

Allgemein ist ein zu geringes Maß der Tradition grenzüberschreitender Kontakte festzustellen (Bieber 2002:7). Traditionell beschränkt sich das Verständnis regionaler Kooperation auf die Zusammenarbeit von Regierungen. Diese war immer als ein Elitenprojekt angesehen (Bieber 2002:2).

2.2. Empfehlungen für zwischenstaatliche und grenzüberschreitende Kooperationen

Damit die regionale Kooperation von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird, sollen einige wichtige Kriterien in Betracht gezogen werden (Bieber 2002:8f.):

1. *Regionale Kooperation muss sichtbaren Nutzen zeigen.* Dieses muss von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Deshalb ist es wichtig, dass die regionalen Kooperationsformen nicht nur als „talk shop“ arbeiten, sondern dass deren Arbeit auch konkrete und erkennbare Erfolge mit sich bringt.
2. *Kooperation soll transparenter und bekannter werden.* Dieses geschieht teilweise über die sog. Meinungsführer, deren Rolle die gesellschaftlichen Eliten annehmen sollen.
3. *Kooperation soll stärker auf subnationaler Ebene unterstützt werden.* Damit nicht nur die Zentren der Region die Vorteile der regionalen Kooperation genießen, soll eine subnationale Kooperation jenseits der Hauptstädte gestärkt werden (z.B. durch Euroregionen). Dieses unterstützt die Dezentralisierung innerhalb der Region.
4. *Kooperation soll innerhalb der Länder eine Breitenwirkung ausüben.* Damit eine breite Masse erreicht wird, sollen Strukturen entstehen, die regional breite Wurzeln schlagen (z.B. durch die Errichtung von Jugendwerken, den Austausch von Schülern und Studenten, Hochschul-

kooperationen, etc.). Der Zweck ist die Vergrößerung des Bewusstseins in der Bevölkerung für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit.

5. *Subnationale und zwischenstaatliche Kooperationen sind durch die EU zu fördern.* Hier kann die Verbindung zur EU für den Erfahrungs- und Ressourcentransfer benutzt werden.

3. *Kooperation im Westbalkan als Lösung für die defizitären ökonomischen und politischen Bereiche*

Wie Schaefer (2002:7), der Beauftragte für Südosteuropa, in einem Interview äußerte, ist in der Region des westlichen Balkan ein „Regionaler Politischer Prozess“ notwendig, der dann „Vereinbarungen zwischen allen Nachbarn über brennende Fragen“ vorantreiben kann. Die Gespräche sollen sich zuerst auf Kernthemen wie Energieversorgung, Kampf gegen organisierte Kriminalität, Flüchtlingsrückkehr oder die erfolgreiche Einführung einer Freihandelszone konzentrieren. Das Ziel dieses Prozesses ist es, die „Grenzen durchlässiger zu machen“. In einem weiteren Schritt werden, auf Basis des gewonnenen Vertrauens, die problematischeren politischen Fragen behandelt.

Der zweite, aktuelle Jahresbericht der Europäischen Kommission vom 26. März 2003 beschreibt die Fortschritte, die in den letzten Jahren im Bereich regionale Kooperation erreicht wurden. Besonders für die Bereiche Energie, grenzüberschreitende Infrastruktur, Handel und Verkehr sind Fortschritte zu verzeichnen sowie im Rahmen des CARDS⁵-Programms im Bereich polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit.

Der regionale Ansatz wird immer mehr als eine Notwendigkeit und immer weniger als letzter Ausweg gesehen. Bilaterale und multilaterale Kontakte in der Region nehmen zu. „Grenzverwaltung, Korruptionsbekämpfung, Doppelstaatsbürgerschaft, Rückkehr von Flüchtlingen, Renten- und Sozialversicherungsansprüche, wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (Europäische Kommission 2003a:14) sind einige der Bereiche, in denen es zu Gesprächen und anschließend zu Abkommen kam.

5 CARDS steht für „Gemeinschaftshilfe für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung“.

Wenn die Länder der Region es schaffen würden, in solchen konkreten Fragen zusammenzuarbeiten, wird das Verständnis für die wechselseitige Abhängigkeit automatisch wachsen, was dann die Bedeutung von Grenzen verringert. „Der Helsinki-Prozess war ein gutes Beispiel dafür, wie so etwas läuft“, so Schaefer (Bergedorfer Gesprächskreis 2002:34).

3.1. Der praktische Nutzen durch Regionalkooperation

Den praktischen Nutzen aus einer verstärkten Zusammenarbeit der Westbalkanstaaten definiert Calic (2003:22) wie folgt:

- Die Normalisierung der Beziehungen, ein Interessensausgleich und die Entstehung einer demokratischen politischen Kultur unterstützen den Stabilitätsgewinn.
- Die Schaffung eines größeren Marktes für Produzenten und ausländische Privatinvestoren (mit 25 oder gar 50 Millionen Abnehmern, wenn man an die gesamte südosteuropäische Region denkt) fördert die Wirtschaftsintegration: Die neu entstandenen Balkanstaaten sind von der Fläche und Bevölkerung relativ klein und vielfach sogar innerhalb politisch und ökonomisch fragmentiert. Dieses wird allgemein als Nachteil für das wirtschaftliche Interesse der Bevölkerung dieser Länder eingeschätzt. Die Kleinstaaten in einer Region sind gezwungen, auf „economies of scale“ zu setzen (van Meurs 2003:38).
- Effizientere Koordination der individuellen wirtschaftspolitischen Kurse fördert eine bessere Anpassungsfähigkeit der regionalen Ökonomien an die globalisierte Wirtschaft.
- Probleme, welche die Kompetenzen der Nationalstaaten übersteigen, wie z.B. Fragen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, sind leichter zu lösen.
- Der Aufbau kooperativer Sicherheitsstrukturen schützt vor dem Ausbruch gewaltsamer Konflikte.
- Eine schnellere Integration in die EU, weil der Kooperationsansatz als europäische Kernkompetenz gesehen wird.

3.2. Kosten der regionalen Kooperation

Im Vergleich mit dem Nutzen der Regionalkooperation, der erst mittel- oder langfristig spürbar ist, werden die Kosten kurzfristig erwachsen (Calic 2003a:23).

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit basiert auf bestimmten strukturellen Anpassungserfordernissen, die meist mit personellen und finanziellen Aufwendungen verbunden sind. Weiterhin kommt es beim Abbau von Zöllen und Handelsschranken zu Einnahmeausfällen. Problematisch ist es, dass der praktische Gewinn von grenzüberschreitender Zusammenarbeit in vielen Arbeitsgebieten (z.B. im Sicherheitsbereich) schwer nachzuweisen ist. Aus diesen Gründen ist es für Politiker schwierig, für Investitionen in diese Arbeitsgebiete zu werben.

4. Kooperative Institutionen im westlichen Balkan

„Multilaterale, zwischenstaatliche Kooperation und grenzüberschreitende, substaatliche Kooperation haben ähnliche politische und gesellschaftliche Potenziale...Eine Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation kann dazu beitragen, den Zuwachs an sozioökonomischen Asymmetrien und Disparitäten entgegen zu wirken sowie Synergieeffekte über Staatsgrenzen hinweg zu nutzen, um Konfliktpotentiale entsprechend abzubauen. ... Regionalität gehört zu den Grundsätzen der europäischen Politik“, so Weidenfeld (2001:51f.).

Eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Länder des westlichen Balkans steht noch am Anfang. Es herrscht immer noch die Meinung vor, „dass regionale Verflechtung zwar prinzipiell wünschenswert sei, jedoch nicht politisch institutionalisiert werden sollte“ (Calic 1999:286). Insgesamt sind aber positive Tendenzen zu beobachten, weil die verschiedenen Formen der regionalen Kooperation, vom Freihandelsabkommen bis zur Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, noch vor einigen Jahren undenkbar waren.

Nach Bieber (2002:5ff.) lassen sich eine Vielzahl von Kooperationsformen der regionalen Organisationen wie folgt unterscheiden:

1. Regionale Kooperationen auf subnationaler Ebene
2. Organisationen auf zwischenstaatlichen Ebenen
3. Andere Formen regionaler Kooperation (zwischenstaatliche bilaterale Freundschaftsverträge, Städtepartnerschaften und zivilgesellschaftliche Netzwerke).

4.1. Organisationen auf zwischenstaatlichen Ebenen

Es existiert eine beeindruckende institutionelle Vielfalt der Kooperationen zwischen den südosteuropäischen Ländern bei dem die Länder des Westbalkans Mitglieder sind (vgl. Lopandic 2002:10). Zwei der wichtigsten zwischenstaatlichen Kooperationsformen in der Region des Westbalkan sind Südosteuropäischer Kooperationsprozess (SEECP) und Stabilitätspakt (SP). SEECP ist die einzige multilaterale Kooperation, die aus eigener Initiative gebildet wurde. Sie besteht bisher eher als ein Diskussionsforum. Trotz dem Fortschritt des multilateralen politischen Dialogs, wird die Wirkung der Treffen auf höchstem politischem Niveau bezweifelt, weil Regierungsverantwortung periodisch wechselt. Hierdurch bleibt wenig Zeit und Spielraum, sich mit gesetzten Zielen auseinander zu setzen (Altmann 2002:13). Seit der Gründung des Stabilitätspaktes arbeiten die beiden Initiativen eng zusammen (Lopandic 2002:5). Mit der Initiierung des Stabilitätspaktes im Jahr 1999 hat die internationale Gemeinschaft „erstmalig den Versuch unternommen, die internationale Südosteuropa-Politik in ein umfassendes Regionalkonzept zu gießen“ (Calic 1999:288). Der Pakt leistet einen hohen Beitrag zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit und zur Belebung der bilateralen Zusammenarbeit (Calic 2003a:11).

Besonders setzte sich der Tisch II über seine Initiativen im wirtschaftlichen Aufbau und Entwicklung für die Verwirklichung des kooperativen Denkens durch. Der Stabilitätspakt unterstützt die Handelsliberalisierung, er sieht diese als eine Straße zum Wohlstand an, als ein entscheidendes Element sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Entwicklung. Er arbeitet auf zwei Ebenen, um dem Ziel des kooperativen Gedankens zu folgen (Altmann 2002:16). Einerseits auf der Ebene der Einzelprojekte, deren Aufgaben hauptsächlich dem Arbeitstisch II zugeordnet sind, wobei der Pakt in der Projektierung tätig ist oder die Beschaffung von Finanzmitteln übernimmt. Andererseits bemüht sich der Pakt auf staatlicher Ebene dem Ziel der regionalen Kooperation zu dienen. Er schafft es, politische Entscheidungen auf höchster Ebene von regionaler Reichweite zu initiieren und koordinierte Umsetzungsprozesse in Gang zu setzen. Gleichzeitig hat der Stabilitätspakt der Interessensvertretung der Region gedient und sich als Forum der internationalen Zusammenarbeit in der Balkanpolitik bewährt (Calic 2003a:11).

Eine weitere künftige Aufgabe in Absprache mit der EU ist die Straffung des SP, mit dem Ziel, „die Komplementarität zwischen den Tätigkeiten im Rahmen des Paktes und den Maßnahmen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zu verstärken“ (Europäische Kommission 2003a:17).

Eines der größten Probleme, mit dem der SP zu kämpfen hat, ist die schwierige Vermittlung der eigenen Arbeit an die Empfänger, trotz des großen Engagements, das die Initiative in den westlichen Balkanländern leistet (Calic 2003a:13).

Trotz der institutionellen Vielfalt sind die konkreten Ergebnisse der Kooperationen zwischen den Ländern des westlichen Balkans eher begrenzt. Viele Arbeitsschwerpunkte, deren Realisierung aus verschiedenen (teilweise schon genannten) Gründen auf Hindernisse stößt, existieren nur auf dem Papier. Allgemein wird der Nutzen einer schnellen Integration in die EU und NATO höher bewertet, als der einer Regionalkooperation (Calic 1999:289).

Anders ist die Lage bei den bilateralen Vereinbarungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten zwischen den Ländern. „Es hat den Anschein, als ob dieser bilaterale Ansatz, man nennt ihn auch „flache Integration“, den Ländern in der Region leichter fällt, weil die Aktionsfelder überschaubar und vor allem die Partner direkter ansprechbar und verhandlungsbereiter sind“, so Altmann (2002:20).

4.2. Bilaterale Freihandelsabkommen

Im Rahmen der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen und im Prozess der EU-Erweiterung kommen bilateralen Freihandelsabkommen zwischen den Staaten Südosteuropas eine Schlüsselrolle zu. In Brüssel wurde im Juni 2001 auf Betreiben von Tisch II des Stabilitätspaktes sowie aufgrund einer einseitigen Absichtserklärung Moldawiens das „Memorandum of Understanding“ von Ministern der sieben SOE-Staaten⁶ unterzeichnet. Das Ziel des Memorandums war die Schaffung eines Freihandelsbereiches mit etwa 55 Millionen Verbrauchern, der die bedeutsamen Handels- und

6 Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Makedonien, Rumänien, Serbien-Montenegro.

Kapitalmöglichkeiten stimulieren soll (Special Coordinator of the Stability Pact for South Eastern Europe 2003a).

Es wurde eine Frist gesetzt, innerhalb derer ein Netzwerk von bilateralen Freihandelsabkommen in Übereinstimmung mit den WTO-Regeln bis Ende 2002 geschaffen werden sollte, wodurch mindestens 90 Prozent aller Waren, ohne sektoralen Ausnahmen, zollfrei gehandelt werden konnten. Die Intensivierung des Handels zwischen den SOE-Staaten gilt als Voraussetzung für eine engere Anbindung an die Europäische Union (Deutsche Welle 2003a).

Das jüngste Freihandelsabkommen ist das am 18. Februar 2003 zwischen Bosnien-Herzegowina und Bulgarien geschlossene Abkommen. 21 solcher Verträge wurden in der Region unterschrieben. Das heißt, dass die sieben Länder auf dem Wege sind, ein Freihandelsregime zu schaffen. Der politische Akt der Verhandlungen ist nur der Anfang. Förderung, Durchführung und Konfliktbeseitigung sind die nächsten Herausforderungen. Dieses, mit Hilfe des Stabilitätspaktes geschaffene Netzwerk von Freihandelsverträgen, „ist ein wichtiger Schritt zur Harmonisierung mit EU-Standards, Schaffung eines einheitlichen südosteuropäischen Marktes und Investitionsraumes“ (Calic 2003a:27). Handelsliberalisierung und Privatisierung von kleinen und mittleren Unternehmen haben bereits einen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen in den Ländern des westlichen Balkans bewirkt (Calic 2003a:12).

4.3 Das regionale Kooperationsmodell im Rahmen des CARDS-Programms

Der Sinn dieses Modells reflektiert die prinzipielle EU-Philosophie, die in der vertieften Kooperation der Nachbarländer „den Weg zu nationaler wie auch regionaler Stabilität und Wachstum“ (Altmann 2002:18) sieht. Als die fördernden Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels wurde das CARDS-Finanzprogramm verabschiedet. In der Schlüsselerklärung des Zagreber Gipfels wurde festgelegt, dass die Aussichten für den EU-Anschluss nur mit der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit steigen werden. Demzufolge legte man ein Regional-Strategiepapier mit der Auflistung der möglichen kooperativen Arbeitsfelder fest⁷. Zehn Prozent der finanziellen Mittel aus

7 Die EU legte Schwerpunkte auf untereinander abgestimmte „regionale Kooperationskonventionen für den politischen Dialog, eine regionale Freihandelszone und engere Kooperation in den Bereichen Justiz und Inneres“ (Altmann 2002:18).

dem CARDS-Programm sind für die Förderung der regionalen Kooperation zu verwenden.

5. Die Europäische Union und die westlichen Balkanländer

Die europäische Wertegemeinschaft gibt die Grundorientierung für die Staaten des westlichen Balkans vor. „Die Regierungen der Region müssen ... diese Werte übernehmen – Werte, die mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Minderheitenschutz und Marktwirtschaft zu tun haben“ (Europäische Kommission 2003a:4). Außerdem ist das EU-Integrationskonzept „ein Stufenkonzept, das schrittweise vom Handel über Kapitalbewegungen ... langsam den Aufbau EU-ähnlicher Strukturen, Institutionen und Politiken, bis hin zur Wirtschafts- und Währungsunion (Maastricht-Kriterien) vorsieht. Ein Überspringen einzelner Integrationsstufen bzw. eine „Abkürzung“ dieses Weges kann es nicht geben“ (Quaisser 2002:19).

5.1 Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den Westbalkan

Die Region des westlichen Balkans hat in den letzten Jahren einen erheblichen Fortschritt in der inneren Stabilisierung durchgemacht. Eine wichtige Rolle in der Förderung der Transformations- und Stabilisierungsprozesse in den Ländern der Region soll dem Engagement der EU zugeschrieben werden (Oeter 2002:2). Die Entwicklung zu pluralistischer Demokratie und Marktwirtschaft geht weitgehend mit der Perspektive der EU-Integration einher.

Das „Instrumentarium zur Heranführung an die EU“ ist nach dem Kosovo-Krieg von 1999 entwickelt worden (Axt 2003:20f.). Um eine effektive Förderung von der EU zu erhalten, waren die Länder verpflichtet, ihre politischen Rahmenbedingungen zu ändern: Bosnien-Herzegowina sollte sich am Dayton-Abkommen von 1995 orientieren, Kroatien den autoritären Regierungsstil im Jahr 2000 überwinden und das jetzige Serbien-Montenegro sollte das Ende des Kosovo-Krieges 1999 und die Ablösung des Milosevic-Regimes im Jahre 2000 durchsetzen.

Ein wichtiges Instrument für eine längerfristige Stabilisierung stellt der Stabilitätspakt dar. Komplementär dazu hat die EU ein Heranführungsinstrumentarium entwickelt, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

(SAP), der den Abschluss von individuell abgestimmten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)⁸ vorsieht. Der SAP wurde durch den Europäischen Rat von Feira im Juni 2000 ins Leben gerufen. Als eine Heranführungsstrategie soll SAP „den Ländern der Region bei der Transformation helfen und ist flexibel genug, um sich dem Bedarf und dem Entwicklungsstand der einzelnen Länder anzupassen“ (Europäische Kommission 2003a:3). Diese Aufgabe wurde vom Europäischen Rat im Dezember 2002 in Kopenhagen noch einmal bekräftigt. Für die Länder des Westbalkans war das eine Grundlage, um sich auf konkrete Schritte für die Zielerfüllung konzentrieren zu können (Europäische Kommission 2003a:18).

Die zwei wichtigsten Instrumente im Rahmen des SAP sind das finanzielle Hilfsprogramm (CARDS) und die Handelsmaßnahmen (Europäische Kommission 2003a:4). Die CARDS-Hilfe läuft von 2000 bis 2006, wobei ein Richtprogramm für den Zeitraum 2002-2004 festgelegt wurde (Oeter 2002:3). Die Art der erbrachten Hilfe muss an die unterschiedlichen Bedürfnisse und Prioritäten der Länder des westlichen Balkans angepasst werden. Vorrang haben die individuellen Möglichkeiten und Fortschritte jedes einzelnen Staates (sog. *Regatta-Prinzip*⁹), die dann individuelle Länderstrategien nach dem *Prinzip der Konditionalität* bestimmen (Calic 2003a:18). Im Herbst 2000 wurde von der EU ein einheitliches System von Handelspräferenzen¹⁰ für die Länder des westlichen Balkans geschaffen.

Das Kernstück des SAP sind die SAA, durch welche mittelfristig ein Assoziierungsverhältnis mit der EU begründet wird. 2001 haben Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien SAA unterzeichnet (ebd.: 18). Da die SAA noch nicht von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert sind, wird deren Inkrafttreten einige Zeit dauern. Bis dahin werden die Beziehungen von Kroatien und Mazedonien zur EU durch *Interimsabkommen*¹¹ geregelt. Die SAA „betonen die Bedeutung der allgemeinen Grund-

8 SAA lehnen sich eng an die Europaabkommen mit den aktuellen Kandidatenländern an (Oeter 2002:3).

9 „Regatta-Prinzip“ bedeutet, dass alle Beitrittskandidaten dieselben Verhandlungsbedingungen haben, wobei diejenigen Länder zuerst aufgenommen werden sollen, mit denen der Verhandlungsprozess erfolgreich abgeschlossen wird.

10 Diese Handelspräferenzen bedeuten für die westlichen Balkanländer „zollfreien Zugang zum Unionsmarkt für fast alle Erzeugnisse, einschließlich landwirtschaftlicher Produkte, ohne Mengenbeschränkungen mit Ausnahme zollfreier oder präferenzzieller Kontingente für einige Fischereierzeugnisse, Baby-Beef und Wein“ (Europäische Kommission 2003a:22).

11 Bei den „Interimsabkommen“ handelt es sich um Übergangsabkommen, mit denen den Ländern die Einführung positiver Handelsbestimmungen (Abbau der Zölle und men-

sätze der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit, des Schutzes von Minderheiten und der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik als Grundbedingung für jegliche Annäherung an die europäische Integration der EU und EG. Sie richten einen institutionalisierten politischen Dialog zwischen den Partnern ein, befördern weitere Handelsliberalisierung und regeln die konkrete Zusammenarbeit in vielen gemeinschaftsrelevanten Politikfeldern“, so Oeter (2002:3).

5.2. SAP und die regionale Zusammenarbeit

Die eigenen positiven Erfahrungen der EU mit den *Standards der regionalen Kooperation* im Bereich der politischen Verständigung und dem wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand führen sie zu der Überzeugung, dass die westlichen Balkanländer von einer engeren Zusammenarbeit erheblich profitieren werden (van Meurs 2002:5). Es ist „Bestandteil der Vorbereitung auf die Integration in die europäischen Strukturen“ (Europäische Kommission 2003a:14). Der Beitrag jedes Landes zur Erreichung regionaler Ziele entspricht der Bereitschaft, die Anforderungen der EU-Integration zu erfüllen. Die SAA streben eine Verpflichtung zu regionaler Zusammenarbeit an, jedoch nicht um eine Alternative zur europäischen Integration anzubieten, sondern „als Hilfestellung auf dem Weg dorthin“ (Lagendijk 2000:6).

5.3 Wirtschaftliche und politische Entwicklung in den westlichen Balkanländern

Der Westbalkan befindet sich in einem Wiederaufbau- und Erholungsprozess, der nach dem Bürgerkrieg und der Transformationskrise angefangen hat. Die ersten Erfolge sind schon erkennbar. Eine rasche Erholungsphase kann weiterhin bei richtigen Anreizen und relativ stabilen Rahmenbedingungen eintreten.

Die Einbeziehung der Region in den SAP hat positive Entwicklungen begünstigt. Das Wirtschaftswachstum nimmt nach 1999 wieder zu, die Inflation sinkt deutlich und das Handelsdefizit mit der EU weist eine kontinuierlich steigende Tendenz auf, besonders nach der Einführung der Handelspräferenzen.

genmäßigen Beschränkungen für EU-Ursprungswaren) ermöglicht wird, bevor die SAA endgültig ratifiziert werden (Altmann/Interview 05.05.2003).

Obwohl die Erfolgsbilanz der Entwicklungen der Länder im westlichen Balkan beachtlich ist, muss die Region noch enorme Hürden bewältigen. Die nächsten Jahre stellen sowohl für die Länder der Region als auch für die EU eine große Herausforderung dar. Die EU-Osterweiterung im Jahre 2004 und die langsamen Wiederaufbauerfolge der Region erzeugen bei der Gemeinschaft eine gewisse Balkanmüdigkeit. Nach Angaben von Weltbank und EU-Kommission gibt die Staatengemeinschaft jedes Jahr mehr als 6 Milliarden Euro für Wiederaufbauzwecke in Südosteuropa aus (Calic 2003a:7). Die laufenden europäischen Hilfszahlungen an die Länder des westlichen Balkans im Rahmen des CARDS-Programms werden immer weniger und die Tendenz weist darauf hin, dass von 2004-2006, unabhängig von ihren unternommenen Anstrengungen und Fortschritten in den SAP, die meisten Länder nur noch relativ wenig Unterstützung bekommen. Die Länder könnten sich aufgrund dieser Entwicklung aus dem Erweiterungsprozess der EU ausgeschlossen fühlen (vgl. ESI 2002:2), es sei denn, gegenwärtige Hilfspolitik verändert sich (Calic 2003b:4).

Zudem treten für die EU Fragen der *Vereinbarkeit der Regionalität und Konditionalität* auf (van Meurs 2003:38). Der Konditionalitätsansatz des SAP verspricht mehr Förderung gegen Transformationsfortschritte und die Annäherung an die EU nach dem Prinzip der strengen Bilateralität. Auf der anderen Seite hingegen wird von den Ländern die Regionalitätsorientierung gefordert, die einen Nachholprozess und eine regionale Angleichung hervorruft. Der Hauptvertreter der regionalen Initiativen innerhalb dieses Ansatzes, der Stabilitätspakt, bietet dafür minimale Konditionalität.

Die zunehmenden Entwicklungsfortschritte einzelner Staaten des westlichen Balkans, z.B. Kroatiens, bringen eine neue Problematik für Brüssel mit sich. Einerseits wächst die Heterogenität innerhalb der Region und man kann die fortgeschrittenen Reformstaaten nicht dauerhaft als Geisel der Nachzügler halten. Andererseits soll verhindert werden, dass neue politische Barrieren in der Region, die durch vorzeitiges Aussteigen aus der Gruppe des Westbalkans entstehen, die Zusammenarbeit bei der Suche nach dauerhaften Lösungen für die großen Probleme beeinträchtigen.

6. Mit dem Prozess der Regionalisierung einhergehende Probleme

6.1. Politisch-psychologische Bedenken gegenüber einer Institutionalisierung von Regionalkooperation

Calic (2003:23) findet folgende „ernstzunehmende praktische Hindernisse und politische Bedenken gegen eine Überbetonung von Regionalkooperation“:

- Sie könne als Ersatz für die EU-Mitgliedschaft missbraucht werden.
- Sie könne den Westbalkan als Gruppe empfinden, zu politischer Institutionalisierung der Zusammenarbeit führen und somit zum Verlust von staatlichen Souveränitätsrechten (Angst vor „Jugoslawisierung“).
- Sie könne zu den Imageverlusten für weiterentwickelte Länder führen, denn trotz des Anwachsens der Heterogenität innerhalb der Region könnten stärker entwickelte Länder mit den ärmeren auf eine Stufe gestellt werden (Angst vor „Balkanisierung“).

Hierdurch kann das Tempo der EU-Integration einiger Länder gebremst werden.

6.2. Spannungsverhältnis zwischen der Politik der Bilateralität und der Regionalität

Die Prozesse der Heranführung an die EU und die regionale Zusammenarbeit stehen in einem Ungleichgewichtsverhältnis zueinander (Calic 2003a: 22).

Es zeichnet sich in allen Staaten des westlichen Balkans, trotz der nicht einheitlichen Haltung, eine wachsende Akzeptanz gegenüber den verschiedenen Arten möglicher Zusammenarbeit ab. Dank des Stabilitätspaktes, der als Erster die EU-Perspektive mit der regionalen Zusammenarbeit verknüpfte, sehen die Staaten die regionale Kooperation immer weniger als Substitut und immer mehr als die Voraussetzung für eine europäische Integration.

Seit der ersten Regionalkonferenz in Zagreb im November 2000 gewann die Konditionalität der EU deutlich mehr Gewicht gegenüber der Regionalität des Stabilitätspaktes (van Meurs 2003:35). Seitdem sind SAP und CARDS-

Programm die wichtigsten Wegweiser im westlichen Balkan¹². Der SP mit der Aufgabe, alle relevanten internationalen Organisationen und Geber zum Zwecke der Stabilisierung der Region zusammenzubringen und die regionale Kooperation zu fördern, rückt somit weiter in den Hintergrund.

Problematisch dabei ist es, dass ein absoluter Vorrang der Konditionalität im Rahmen des SAP die Länder des westlichen Balkans im Entwicklungsprozess und auf der politischen Ebene nicht näher bringen würde (Biermann 2002:8). Demgegenüber würden funktionale Formen der Kooperation keine negativen Auswirkungen auf die EU-Integration haben, höchstens könnten die positiven Effekte von Land zu Land unterschiedlich ausgeprägt sein.

Gleichzeitig fehlt es aber dem SAP an Instanzen, die die Aufgabe der Unterstützung der regionalen Kooperation weiterhin übernehmen und entwickeln können. Der SAP definiert zwar die „gutnachbarschaftlichen Verhältnisse“ als Notwendigkeit für die Assoziierung (Calic 2003a:18), die individuellen Möglichkeiten und Fortschritte jedes einzelnen Staates haben jedoch Vorrang. Das ist auch aus der finanziellen Unterstützung für die regionale Kooperation zu ersehen: Nur rund 10 Prozent des CARDS-Budgets sind für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen (Calic 2003a:18). Diese wiederum sind für die Zweige der Aufbau der Infrastruktur und Grenzsicherung eingeplant (van Meurs 2003:38), wobei Bereiche wie die Konsolidierung der Zivilgesellschaft, freie Medien und Bildungsreform zu kurz kommen.

Die Problematik setzt sich darin fort, dass die Regionalkooperation zwar im SAP als wichtiges Kriterium für die Annäherung an die EU gilt, man sie im Erweiterungsprozess jedoch nicht klar definiert (Calic, 2003a:24f.). Die Pflicht zur regionalen Zusammenarbeit ist weder in den Kopenhagener Kriterien noch in den Europa-Abkommen besonders hervorgehoben. Das schafft bei den künftigen Kandidaten Unklarheiten bezüglich der Erwartungen und ihrer Pflichten in der Nachbarschaftspolitik. So wird die Regional Kooperation durch „die Heterogenität der vertraglichen Beziehungen – Rumäniens Europa-Abkommen, Kroatiens SAA oder Albaniens Handels- und Kooperationsabkommen“ unmittelbar blockiert (van Meurs 2003:38).

12 Besonders seit Anfang 2002 zum ersten Mal die jährlichen Länderberichte und die speziellen Länderstrategien für 2002-2006 vorgelegten wurden (van Meurs 2003:35).

Bei der Umsetzung der Konditionen zwischen den SAP und dem Erweiterungsprozess kommt es zu Inkompatibilitäten (Calic 2003a:25). Die neuen Mitgliedstaaten werden durch das Erweiterungsverfahren „ein hohes Schutzniveau an den Außengrenzen der Union“ (Europäische Kommission 2003a:4) gewährleisten müssen. „Die Erweiterung wird unvermeidlich zur Beseitigung der visumsfreien Reisemöglichkeiten zwischen den neuen Mitgliedstaaten und westlichen Balkanländern führen, außer für Kroatien, für das gegenüber den Schengen-Ländern keine Visumspflicht besteht. Das ist eine natürliche Folge aus der Anpassung der Kandidaten an die Visumsbestimmungen der EU“ (Europäische Kommission 2003a:5). Durch den Beitritt Sloweniens und Ungarns zur EU wird nämlich eine neue Grenzlinie durch Südosteuropa gezogen werden. Reisefreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Beitritts- und SAP-Staaten werden dadurch deutlich erschwert.

Es sind bei der Annäherung der westlichen Balkanländer an die EU bereits unterschiedliche Geschwindigkeiten zu beobachten. Diese können die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gräben zwischen den fünf Balkanstaaten weiter vertiefen, da die unterschiedlichen rechtlichen Systeme im Verhältnis zur EU immer mehr zu einem Hindernis der regionalen Zusammenarbeit werden können. Beispielfhaft ist diese Problematik im Bereich institutionelle Reform zu sehen, was im folgenden Zitat von Oeter (2002:5) zum Ausdruck kommt: „Erfolgsversprechende Strategien der institutionellen Reform sind länderspezifische Strategien, die in den vom Konzept her bilateral angelegten ‘Stabilisierungs- und Assoziierungsprozessen’ jeweils mit den einzelnen Staaten verhandelt und durchgeführt werden. Eine derartige Bilateralisierung der Justiz- und Polizeireformen steht jedoch in Gefahr, die vorhandenen Ansätze regionaler Kooperation nachhaltig zu torpedieren, liefern sie doch den beteiligten Staaten einen Anlass, zum einen den Vorrang der inneren Polizei- und Justizreformen zu proklamieren und zum anderen die aufgrund der ‘unterschiedlichen Geschwindigkeiten’ der Reformen entstehenden Diskrepanzen im Zustand der Organe innerer Sicherheit zur Grundlage der Blockierung weitgehender Formen regionaler Kooperation zu nehmen.“

In diesem Zusammenhang kommt die Problematik des UNMIK Protektorats Kosovo zum Ausdruck, das wegen der ungelösten Statusfrage nur teilweise in die regionale Zusammenarbeit miteinbezogen ist (Calic 2003a:30). Mehr als das hochrangige Treffen der EU-Sonderbeauftragten zum Thema „sub-regionale Kooperation“, hat sich in der Region nicht ergeben. Der Stabilitätspakt legte schon in der Agenda 2001 die Notwendigkeit der grenzüber-

schreitenden Zusammenarbeit in und um den Kosovo fest, um das Land aus der politischen und wirtschaftlichen Isolation zu befreien. Dieses wäre eine fundamentale Voraussetzung für eine Kosovo-Gesamtlösung, um von allen Akteuren in der Region akzeptiert zu werden. Dafür müssen die Anstrengungen zur Stärkung der Regionalkooperation in und um den Kosovo dringend intensiviert und konkretisiert werden.

Die zentralen Fragen, mit denen sich die EU dringend auseinandersetzen sollte, lauten: Wie können die beiden Prozesse, nämlich der Weg zu europäischer Integration und die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, strategisch miteinander verknüpft werden? Wie sind diese Barrieren der regionalen Kooperation, bedingt durch die Anpassungen für die Heranführung an die EU, zu kompensieren? Wie ist die regionale Kooperation als Kondition für den Kandidatenstatus präzise zu formulieren?

7. Fazit

Regionale Zusammenarbeit ist das Wesen der europäischen Integration. Einen direkten Weg nach Brüssel für die Länder des westlichen Balkan gibt es nicht. Grenzüberschreitende und zwischenstaatliche Zusammenarbeit sollen als ein Motor der Entwicklung dieser Staaten auf dem Wege in die euro-atlantischen Strukturen verstanden werden.

Umfang und Intensität der Regionalkooperation spielen eine Schlüsselrolle. Die Vergangenheit könnte dabei eine Lehre sein, und die EU könnte als Vorbild dienen.

Die regionalen Kooperationsformen müssen genutzt werden, um die Region schneller an die EU anzuschließen. Die bestehenden regionalen, autonomen Initiativen, in denen die Westbalkanländer aktiv sind, sind unentbehrliche, aber nicht ausreichende Ergänzungen zu dem Prozess der regionalen Kooperation und der europäischen Integration der Länder.

Die Vorteile der unmittelbaren Nachbarschaft oder die geographische Nähe, einer der Bestimmungsfaktoren für die regionale Zusammenarbeit, können für eine breit gefächerte Kooperation erst dann voll genutzt werden, wenn die zusätzlichen Bestimmungsfaktoren erfüllt werden. Es soll die erforderliche Infrastruktur geschaffen und untereinander weitgehend vernetzt werden. Weiterhin sind deutliche Ergebnisse bei der politisch-wirtschaftlichen Sys-

temtransformation nötig. Zurzeit weisen die Länder aus der Region teilweise parallele Wirtschaftsstrukturen auf und sind somit nur begrenzt füreinander attraktiv. Was die Formulierung der jeweiligen Transformationsschritte angeht, sind die Länder eigenständig.

Die SAP-Länder sollten ihre Entschlossenheit zur Annäherung und allmählichen Eingliederung in die europäischen Strukturen zeigen, sowie ihren Willen zur Erfüllung aller damit verbundenen Anforderungen, von demokratischen und wirtschaftlichen Reformen bis zum Ausbau der Regional Kooperation.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Altmann, Franz-Lothar*, 2002: Regionale Kooperation in Südosteuropa – Organisationen, Pläne, Erfahrungen, www.bertelsmann-stiftung.de/documents/RegionaleKooperation.pdf, Stand: 20.04.2002, Zugriff am 17.02.2003.
- Altmann, Franz-Lothar*, 2003: Regionale Kooperation in Südosteuropa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10-11/2003, S. 27-33.
- Auswärtiges Amt*, 2003a: Länder- und Reiseinformationen. Kroatien. Außenpolitik, www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?land_id=88&type_id=11, Stand: 04/2003, Zugriff am: 17.06.2003.
- Auswärtiges Amt*, 2003b: Länder- und Reiseinformationen. Kroatien. Innenpolitik, www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=10&land_id=88, Stand: 04/2003, Zugriff am: 18.06.2003.
- Auswärtiges Amt*, 2003c: Länder- und Reiseinformationen. Kroatien. Wirtschaft, www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=12&land_id=88, Stand: 04/2003, Zugriff am 18.06.2003.
- Axt, Heinz-Jürgen*, 2003: Vom Wiederaufbauhelfer zum Modernisierungsagenten. Die EU auf dem Balkan, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10-11/2003, S. 18-26.
- Bellers, Jürgen/Häckel, Erwin*, 1990: Politische Vierteljahresschrift: Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.), 1990: Politische Vierteljahresschrift: Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 286-310.
- Bergedorfer Gesprächskreis*, 2003: 123. Protokoll. Die Zukunft Südosteuropas – auf dem Weg zur europäischen Integration, Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Bieber, Florian*, 2002: Bi- und multinationale Politische Kooperation auf dem Westbalkan, www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/planungsstab/balkan_forum/gutachten_bieber.pdf, Stand: 13.05.2002, Zugriff am 20.03.2003.
- Biermann, Rafael*, 2002: Der Stabilitätspakt im Gefüge der europäischen Balkanpolitik, www.cap.uni-muenchen.de/download/2002/2002_Balkans_Gutachten_Biermann.pdf, Stand: 15.04.2002, Zugriff am 15.06.2003.

- Calic, Marie-Janine*, 1999: Außen- und Sicherheitspolitik, in: Hatschikjan, Magarditsch/Troebst, Stefan (Hrsg.), Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch, München: Verlag C.H. Beck, S. 276-300.
- Calic, Marie-Janine*, 2002: SWP-Aktuell. Makedoniens letzte Chance, www.swp-berlin.org/pdf/swp_aktu/swpaktu_42_02.pdf, Stand: 10/2002, Zugriff am 10.06.2003.
- Calic, Marie-Janine*, 2003a: SWP-Studie. Welche Zukunft für den Balkan-Stabilitätspakt?, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Calic, Marie-Janine*, 2003b: SWP-Comments. The EU and the Balkans: From Association to Membership?, www.swp-berlin.org/english/mpdf/comment/swpcomment2003_07.pdf, Stand: 05/2003, Zugriff am: 23.06.2003.
- Deutsch, Karl W.*, 1968: Die Analyse internationaler Beziehungen. Konzeption und Probleme der Friedensforschung, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa*, 2003a: Beim Aufbau eines Netzwerkes von Freihandelsabkommen in Südosteuropa dringt der Stabilitätspakt auf Tempo, www.dw-world.de/monitor, Stand: 14.03.2003, Zugriff am: 30.05.2003.
- Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa*, 2003b: Parlament in Athen ratifiziert Stabilisierungs- und Assoziierungsvertrag Mazedoniens mit der EU, www.dw-world.de/monitor, Stand: 27.05.2003, Zugriff am: 18.06.2003.
- Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa*, 2003c: Kroatien darf Kriegsverbrecherprozess durchführen, www.dw-world.de/monitor, Stand: 28.05.2003, Zugriff am: 18.06.2003.
- Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa*, 2003d: UNMIK übergibt weitere Kompetenzen an Kosovo-Regierung, www.dw-world.de/monitor, Stand: 28.05.2003, Zugriff am: 18.06.2003.
- Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa*, 2003e: „Sicherheits- und Verteidigungsreformen in Mittel- und Südosteuropa“ – NATO-Seminar in Zagreb begonnen, www.dw-world.de/monitor, Stand: 02.06.2003, Zugriff am: 02.06.2003.
- Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa*, 2003f: Kroatische Justizministerin und ihr serbischer Amtskollege wollen Kooperation bei Kapitalverbrechen fördern – Datenaustausch bei Strafverfolgung vereinbart, www.dw-world.de/monitor, Stand: 02.06.2003, Zugriff am: 03.06.2003.
- Deutsche Welle. Monitor Ost-/Südosteuropa*, 2003g: Mazedonien und Montenegro wollen gemeinsam Kriminalität bekämpfen – Treffen der

- beiden Innenminister in Skopje, www.dw-world.de/monitor, Stand: 10.06.2003, Zugriff am: 11.06.2003.
- Die Europäische Union online*, 2000: Final Declaration, Zagreb-Summit, europa.eu.int/comm/external_relations/see/sum_11_00/statement.htm, Stand: 24.11.2000, Zugriff am 05.06. 2003.
- East-West-Institut (EWI)*, 2002: Inauguration of the Euroregion – Part of the Projekt: Sustainable Regional Development through Institutionalised Transfrontier Cooperation in the Nis-Skopje-Sofija Triangle Towards the Establishment of a Euroregion, www.iews.org/pdf/TFC%20Nis-Sofia-Skopje%20-%20INAUGURATION%201.pdf, Stand: 26-27.08.2003, Zugriff am: 17.06.2003.
- Economic reconstruction and development in South East Europe*, 2003: Regional Balkans Infrastructure Study – Transport. Draft Final Report, www.seerecon.org/infrastructure/sectors/transport/Rebis_DFR.pdf, Stand: 06/2003, Zugriff am 16.06.2003.
- Eichkorn, Patrik*, 1999: Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf subnationaler Ebene am Beispiel des Deutsch-Schweizer Hochrheins unter besonderer Berücksichtigung der EU-Förderungsmöglichkeiten, Diss. Freiburg i. Br.
- ESI, European Stability Initiative*, 2002: Der westliche Balkan im Jahr 2004. Unterstützung, Kohäsion und die neuen Grenzen Europas. Ein Aufruf zur Reform der Politik der Europäischen Union, www.esi-web.org/pdf/esi_westernbalkans_01_de.pdf, Stand: 03.11. 2002, Zugriff am: 17.02.2003.
- Eschenburg, Rolf*, 1971: Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- European Commission*, 2003b: Occasional Papers. The Western Balkans in transition, http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/occasional_papers/2003/ocp1en.pdf, Stand: 28.01.2003, Zugriff am: 12.06.2003.
- Europäischer Rat*, 2000: Schlussfolgerungen des Vorsitzes in Santa Maria da Feira, www.eiz-niedersachsen.de/themen/eu-rat/eu-rat-feira.pdf, Stand: 19.-20.06.2000, Zugriff am 04.06.2003.
- Frensch, Rita*, 1996: Regionale Politikverflechtung und administrative Kooperationsstruktur in Europa. Zur Evaluation staatsgrenzenüberschreitender Kooperation, Sankt Augustin: Academia Verlag.
- Gligorov, Vladimir*, 1999: Außenwirtschaft, in: Hatschikjan, Magarditsch/Troebst, Stefan (Hrsg.), Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch, München: Verlag C.H. Beck, S. 367-392.

- HWWA Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, IWH Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Osteuropa-Institut München*, 2002: Osteuropa im Integrationsprozess. Transformation und Wirtschaftslage in Ostmitteleuropa und der GUS 2001/2002. Aktuelle Analysen führender deutscher Wirtschaftsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie – Sammelband 2002, Köln: Bundesagentur für Außenwirtschaft.
- IDEA, Institute for Democracy and Electoral Assistance*, 2002: Project. South Eastern Europe: New Means for Regional Analysis, www.idea.int/balkans/index.htm, Stand: 02.2002, Zugriff am: 07.06.2003.
- Illés, Iván*, 2002: Möglichkeiten der grenzüberschreitenden regionalen Kooperation im Donauraum, www.ifa.de/dialoge/dpecs_illes.htm, Stand: 26.06.2002, Zugriff am: 03.05.2003.
- Informationen zur deutschen Außenpolitik*, 2002: Hintergrundbericht. Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1025733602, Stand: 04.07.2002, Zugriff am: 20.05.2003.
- Inotai, András*, 2002: Regional Cooperation and European Integration – The Case of the Western Balkan, www.cap.uni-muenchen.de/download/2002/2002_Balkans_Gutachten_Inotai.pdf, Stand: 13.05.2002, Zugriff am: 20.03.2003.
- Jakubowicz, Karol*, 2003: Brief Analysis and Comments on Law on Croatian Radio-television adopted by the Croatian Parliament, www.osce.org/croatia/documents/reports/hrt_law_Jakubowicz_analiza_12_0203_en.pdf, Stand: 12.02.2003, Zugriff am: 10.06.2003.
- Kohler-Koch, Beate*, 1990: Politische Vierteljahresschrift: „Interdependenz“, in: Rittberger, Volker (Hrsg.), 1990: Politische Vierteljahresschrift: Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 110-129.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, 2002: Bericht der Kommission. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa. Erster Jahresbericht, [www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/cont/20020618/com\(2002\)163de_acte_f.pdf](http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/cont/20020618/com(2002)163de_acte_f.pdf), Stand: 03.04.2002, Zugriff am 10.06.2003.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, 2003a: Bericht der Kommission. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa. Zweiter Jahresbericht, http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/sap/rep2/com03_139_de.pdf, Stand 26.03.2003, Zugriff am 03.05.2003.

- Lagendijk, Joost, Europäisches Parlament*, 2000: Arbeitsdokument. Auf dem Wege zu einer gemeinsamen Strategie der EU für Südosteuropa: Stabilitätspakt und der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für die Länder Südosteuropas, www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/afet/20000131/401754_de.doc, Stand: 24.01.2000, Zugriff am 10.06.2003.
- Lamers, Karl/Hintze, Peter/Hedrich, Klaus-Jürgen*, 2001: Eine Perspektive für den Balkan – Überlegungen für eine Südost-Europäische Union, www.peter-hintze.de/PositionenLamersHintzeHedrich1.htm, Stand: 29.06.2001, Zugriff am: 23.06.2003.
- Lopandic, Dusko*, 2002: Regional Initiatives in the Balkans – Autonomous Initiatives, www.cap.uni-muenchen.de/download/2002/2002_Balkans_Gutachten_Lopandic.pdf, Stand: 13.05.2002, Zugriff: 20.03.2003.
- Maak, Klaus Joachim/Erhardt, Wolfram* 2001: Der Balkan zwischen Krise und Stabilität: Ein nachhaltiges Reformklima tut not. Wirtschaftliche Stabilisierung auf dem Balkan, in: Volle, Angelika/Weidenfeld Werner (Hrsg.): Der Balkan zwischen Krise und Stabilität, Bielefeld, W. Bartelsmann Verlag, S. 67-74.
- Meier, Christian*, 2000: Regionale Kooperation in Mittel- und Osteuropa. Bestimmungsfaktoren, Modelle, Perspektiven, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- Oeter, Stefan*, 2002: Europäische Integration des Balkans in den Bereichen Justiz und innere Sicherheit, www.cap.uni-muenchen.de/download/2002/2002_Balkans_Gutachten_Oeter.pdf, Stand: 10.06.2002, Zugriff am 20.03.2003.
- Organisation of the Black Sea Economic Cooperation*, 2002: Subsidiary Organs, www.bsec-organization.org/agenda_.htm, Stand: 2002, Zugriff am 04.06.2003.
- OSCE Mission to Croatia*, 2002: Brief Analysis and Comments on Law on Croatian Radio-television adopted by the Croatian Parliament, www.osce.org/croatia/documents/reports/hrt_law_Jakubowicz_analiza_120203_en.pdf, Stand: 12.02.2003, Zugriff am 04.06.2003.
- Quaisser, Wolfgang*, 2002: Wirtschaftsintegration und Regionalpolitik der EU. Konzepte und Erfahrungen vor dem Hintergrund der EU-15, der Osterweiterung und der Entwicklungspolitik- Lehren für den Westbalkan, www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/planungsstab/balkan_forum/gutachten_quaisser.pdf, Stand: 10.06.2002, Zugriff am 20.03.2003.

- Ridderbusch, Katja*, 2000: Denkfabrik für das „Projekt Balkan“, www.welt.de/daten/2000/06/26/0626au175994.htm#wwwlinks, Stand: 26.06.2000, Zugriff am 02.05.2003.
- Republic of Croatia. Ministry of Foreign Affairs*, 2003a: Croatian Foreign Policy. Multilateral Relations. Adriatic and Ionian Council, www.mvp.hr/eng/1-3-13-multilateralni-01en.htm, Stand: 2003, Zugriff am: 17.06.2003.
- Republic of Croatia. Ministry of Foreign Affairs*, 2003b: Croatian Foreign Policy. Multilateral Relations, Danube Co-operation Process – DCP, www.mvp.hr/eng/1-3-16-multilateralni-01en.htm, Stand: 2003, Zugriff am: 17.06.2003.
- Schaefer, Michael*, 2002: Potsdamer SEF-Frühjahrgespräche. Eine realistische Vision von Frieden und Entwicklung für den Balkan?, http://sef-bonn.org/sef/veranst/2002/fruehjahr/thesen_schaefer.pdf, Stand: 20.04.2002, Zugriff am 07.03.2003.
- Scherrer, Peter*, 2002: Der 2. Arbeitstisch des Stabilitätspaktes und die Erwartungen der Region, www.cap.uni-muenchen.de/download/2002/2002_Balkans_Thesenpapier_Scherrer.pdf, Stand: 15.04.2002, Zugriff am: 20.03.2003.
- Schneckener, Ulrich*, 2002: Bi- und multilaterale Regime zum Minderheitenschutz in Südosteuropa, www.cap.uni-muenchen.de/download/2002/2002_Balkans_Thesenpapier_Schneckene.pdf, Stand: 13.05.2002, Zugriff am 20.03.2003.
- Schoch, Bruno*, 2002: Kooperative Sicherheit auf dem Balkan, www.cap.uni-muenchen.de/download/2002/2002_Balkans_Gutachten_Schoch.pdf, Stand: 10.06.2002, Zugriff am 20.03.2003.
- Schubert, Peter*, 2003: SWP-Aktuell. Unwägbarkeiten albanischer Politik, www.swp-berlin.org/pdf/swp_aktu/swpaktu_17_03.pdf, Stand: 04/2003, Zugriff am 10.06.2003.
- Special Coordinator of the Stability Pact for South Eastern Europe*, 2003a: Negotiations on Free Trade in Southeast Europe Completed – Full Implementation Begins Mid 2003, www.stabilitypact.org/stability-pactcgi/catalog/view_descr.cgi?prod_id=6728&prop_type=product_descr, Stand: 04.03.2003, Zugriff am: 07.05.2003.
- Special Coordinator of the Stability Pact for South Eastern Europe*, 2003b: Migration, Asylum, Refugees Regional Initiative MARRI, www.stabilitypact.org/stabilitypactcgi/catalog/cat_descr.cgi?subcat=1&prod_id=50, Stand: 2003, Zugriff am: 17.06.2003.
- Tudyka, Karl P.*, 1971: Internationale Beziehungen. Eine Einführung, Stuttgart (u.a.): Kohlhammer.

- van Meurs, Wim*, 2002: Discussion Paper. Integrating the Balkans: Regional Ownership and European Responsibilities, www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/planungsstab/balkan_forum/integrating.pdf, Stand: 15-16.07.2002, Zugriff am: 09.06.2003.
- van Meurs, Wim*, 2003: Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10-11/2003, S. 34-40.
- Volle, Angelika/Weidenfeld Werner* (Hrsg.), 2002: *Der Balkan zwischen Krise und Stabilität*, Bielefeld: W. Bartelsmann Verlag.
- Weidenfeld, Werner* (Hrsg.), 2001: *Jenseits der EU-Erweiterung. Strategiepapier*, Gütersloh: Verlag Bartelsmann Stiftung.
- Wittkowsky, Andreas*, 2000: Stabilität durch Integration?: Südosteuropa als Herausforderung für die Europäische Union, <http://library.fes.de/fulltext/id/00741.htm>, Stand: 07.2000, Zugriff am 03.06.2003.

Konfliktbearbeitung durch Dialog – dargestellt am Beispiel des Kongresses „Studenten bauen Brücken“

Inhalt

1. Einleitung	40
1.1 Politische und wissenschaftliche Relevanz der Arbeit	42
1.2 Fragestellung und Ziele der Arbeit	43
2. Wichtigste Merkmale der vorstellten Dialogmodelle	44
3. Anwendung der Modelle auf das Fallbeispiel	46
3.1 Einleitung in die Methodik der Arbeit	46
3.2 Kurzer Abriss des Kongresses im Jahre 2002	46
3.3 Kurzer Abriss des Kongresses im Jahre 2003	48
3.4 Charakterisierung des Dialogtyps	49
3.5 Bedingungen des Dialogprozesses	49
3.6 Ansätze für einen Dialogprozess	49
4. Ergebnisse und Ausblick	50
4.1 Ergebnisse der Untersuchung	50
4.2 Ausblick	56
Quellen- und Literaturverzeichnis	58

1. Einleitung

Konflikte, als ein Phänomen zwischenmenschlicher Beziehungen betrachtet, resultieren zumeist aus einem der folgenden Gründe: Missverständnisse, unterschiedliche kulturelle oder geistige Werte, divergierende Interessen, unerfüllte Bedürfnisse. Oft versuchen die Konfliktparteien, abweichende Anschauungen mit Gewalt zu lösen, da sie nur ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen als legitim betrachten und dadurch Gewaltanwendung entschuldigen.

Kommt es in ethnischen und religiösen Konflikten zu einer Eskalation, werden solche Konflikte häufig besonders gewalttätig und blutig ausgetragen. Solche Konflikte können eine Eigendynamik entwickeln und „außer Kontrolle“ geraten: Oft kämpfen dann Nachbarn gegen Nachbarn, und eine Regierung verfügt in einem solchen Szenario über keine Autorität und Macht mehr, ist praktisch wirkungslos oder gar nicht mehr existent. Von nationalistischem Gedankengut geprägte politische Aktionen, Massaker, Kriminalität, kriegерische Auseinandersetzungen, Religiosität, Terror, Menschenhandel – alle diese Elemente fließen zusammen (vgl. Hippler 1997). Aus diesen Gründen verursacht diese Konfliktschpirale starke Gefühle von Hass und Misstrauen, die nur schwer wieder abgebaut werden können. Ist ein Waffenstillstand erfolgt, kommt es in der Regel nur zu einem „kalten“ Frieden: „Frieden ist nicht, wenn Waffen schweigen“ (Koschnick 2003). Es braucht meist mehrere Generationen, um einen lang anhaltenden Frieden zu erreichen und zu gewährleisten.

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien haben seit über einem Jahrzehnt furchtbares Leid über Millionen von Menschen gebracht. Das entstandene Misstrauen und der Hass in den dortigen Bevölkerungsgruppen schließen weitere militärische Auseinandersetzungen nicht aus. Der gegenwärtige – relative – Friede ist auch künftig gefährdet durch zunehmende Gefühle von Ohnmacht und Resignation in der Bevölkerung. Aus diesem Grund sind Annäherung, Vertrauensaufbau, Verständigung und letztendlich Versöhnung besonders wichtig. In diesem Zusammenhang gewinnen die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung immer mehr an Bedeutung. Dabei sind insbesondere der Informationsaustausch und die Kommunikation zwischen den einzelnen Initiativen, die mit unterschiedlichen Ansätzen arbeiten,¹³ wichtig.

13 Zum Beispiel gibt es *bottom-up*, *top-down* und *multi-track* Ansätze. *Bottom-up* Ansatz bezeichnet die Konfliktbearbeitung, die von der untersten Akteursebene Auswirkungen

In dieser Arbeit wird eine bestimmte Art zur Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung näher betrachtet, nämlich die Konfliktbearbeitung durch Dialog. Das Fallbeispiel der Arbeit ist der internationale Studentenkongress „Studenten bauen Brücken – eine Initiative zum Dialog der Völker in Süd-Ost-Europa“, welcher in den Jahren 2002 und 2003 an der Universität Hamburg stattgefunden hat.

Der Begriff der *Konfliktbearbeitung* wurde gewählt, weil sich die Regionen des ehemaligen Jugoslawien im Prozess der *Friedenskonsolidierung* und nicht im Frieden befinden. Zwar herrscht ein Waffenstillstand, die Gründe und Ursachen für die Auseinandersetzungen sind jedoch in der Regel nicht bewältigt. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Menschen in den dortigen Regionen mit kriegsbedingten existenziellen Problemen zu kämpfen haben, insbesondere mit einem beschwerlichen Flüchtlingsdasein und einer extrem hohen Arbeitslosenquote. Andererseits sind viele Menschen durch die Kriege traumatisiert worden und haben ohne professionelle psychologische Unterstützung keine Möglichkeit, sich mit dem Geschehenen auseinander zu setzen. Dieser Prozess kann deshalb noch nicht *Versöhnung* genannt werden, weil Versöhnung nicht als der Prozess selbst, sondern als ein Ziel zu verstehen ist, das am Ende des langen Prozesses der Konfliktbearbeitung steht. Der Eintritt in einen Dialog mit der anderen Seite, mit dem ehemaligen Gegner, bedeutet gerade nicht zu vergeben und sich zu versöhnen. Es bedeutet, Raum anzubieten, in welchem über vergangene Geschehnisse gesprochen werden kann. Dies ist ein langwährender und äußerst mühevoller Prozess (vgl. Nansen dialog centar 2003:12).¹⁴

Auch der Begriff *Konfliktbearbeitung* beschreibt zutreffend die Vorhaben des Kongresses „Studenten bauen Brücken – Eine Initiative zum Dialog der Völker in Süd-Ost-Europa“: Gemeint sind der Wiederaufbau des Vertrauens zwischen Studierenden aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, eine Annäherung durch Dialog sowie ein verantwortungsbewusster Umgang mit Vergangenheit und Gegenwart und dem Fernziel der Schaffung besserer Zukunftsperspektiven. Der Titel des Kongresses wurde sehr gezielt ausge-

auf eine Regierung haben soll, im Gegensatz zu *top-down* Ansätzen, die Auswirkungen von der obersten auf die unteren Akteursebenen haben, und *multi-track*-Ansätzen, die alle Akteursebenen einzubeziehen versuchen.

14 Das Versöhnungskonzept ist religiös angelegt und beinhaltet zugleich die Anerkennung der Schuld. In verschiedenen religiösen Traditionen, wird es unterschiedlich gehandhabt: „Während es sich in der christlichen Tradition dabei um einen notwendigen und hinreichenden Akt der Versöhnung handelt, die jeder Vertreter der Gemeinde initiieren kann, haben nach jüdischer Tradition ausschließlich die Opfer selbst das *Recht*, Vergabung für die an ihnen begangenen Taten als gültig anzuerkennen.“ (Bar-On 2002:219)

wählt: Eine Brücke steht immer für eine Verbindung; sie verbindet zwei Ufer eines Flusses und ermöglicht somit den Menschen von beiden Seiten des Flusses, auf das jeweils andere Ufer zu gehen und die Menschen dort kennen zu lernen. In Kriegen werden viele Brücken zerstört, dadurch bricht auch die Beziehung der Menschen von den beiden Ufern auseinander. Studierende aus dem ehemaligen Jugoslawien haben eine besondere Verantwortung, die durch den Krieg zerstörten Brücken wieder aufzubauen. Als zukünftige Eliten ihrer Länder werden sie wertvolle Beiträge zu einer Integration in die Europäische Union liefern können. Der Kongress „Studenten bauen Brücken“¹⁵ soll in dieser Arbeit als Beispiel für einen Dialogprozess dienen, der zu Wiederverständigung und Vertrauensaufbau führen soll. Als persönlich Betroffene und Mitinitiatorin dieses Kongresses motiviert die Autorin die Hoffnung auf Ergebnisse, die für die Zukunft des Projekts von Bedeutung sein können, zu der nachfolgenden Untersuchung.

1.1 Politische und wissenschaftliche Relevanz der Arbeit

Nach dem Ende des Ost-West Konflikts hat sich die Art der Kriegsführung verändert. An die Stelle zwischenstaatlicher sind innerstaatliche Kriege getreten. Als Beispiele für diese Auseinandersetzungen seien die Bürgerkriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo angeführt. Eine militärische Intervention kann zwar die Kämpfe in solchen Konflikten beenden, sie kann jedoch nicht für einen dauerhaften Frieden sorgen. Aus diesem Grund gewinnen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention im politischen Rahmen immer mehr an Bedeutung.

Viele internationale Akteure haben ein großes Interesse an einem stabilen Südosteuropa und einer erfolgreichen Konfliktbearbeitung in dieser Region: „The Balkans are part of Europe. We are – as it were – in the same boat. Our past and our futures are intimately bound together“ (Patten 2001). Die Stabilisierung der Balkanregion ist ein zentrales Anliegen der EU, das sie durch verschiedene Instrumente unterstützt.¹⁶ Während zu Beginn der Stabilisierungsbemühungen der physische Wiederaufbau im Mittelpunkt stand, treten inzwischen verstärkt zivilgesellschaftliche Initiativen in den Vordergrund, die mittel- bis langfristig einen nachhaltigen Beitrag zur Bearbeitung der Kriegsursachen bewirken können.

¹⁵ Im Folgenden wird in der Regel der verkürzte Titel des Kongresses benutzt.

¹⁶ Zum Beispiel, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP), Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), CARDS, Stabilitätspakt für Südosteuropa u.a.

Der Kongress „Studenten bauen Brücken“ ist ein neuer internationaler und zugleich regionaler Ansatz, der sich an Studierende wendet, die als zukünftige gesellschaftliche Entscheidungsträger und in ihrer Rolle als Eltern Veränderungen in der politischen Kultur und Gesellschaft in ihren Ländern hervorbringen können, um sich und den nachfolgenden Generationen eine bessere Zukunft zu sichern. Nach Erkundungen der Autorin ist dieser Kongress die einzige Initiative mit dieser Zielsetzung, die aus Diaspora stammt.

Bisher wurde viel über Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention geschrieben, jedoch handeln die meisten wissenschaftlichen Publikationen von Verhandlungen, Präventivdiplomatie oder verschiedenen Formen der Mediation.¹⁷ Diese Konfliktbearbeitungsmethoden können zwar auch rein dialogischer Natur sein, jedoch handelt es sich in der Regel um Dialogprozesse, die – im Gegensatz zum Ansatz des Kongresses – durch Dritte eingeleitet wurden. Publikationen, die sich mit dem Dialog als solchem auseinandersetzen, wurden entweder für Führungskräfte aus der Wirtschaft mit dem Ziel der besseren Konfliktlösung geschrieben, oder sie beschreiben die Arbeit kleinerer Gesprächsgruppen, wie es mit der *To-Reflect-and-Trust* (TRT) Gruppe von Dan Bar-on der Fall ist.¹⁸ Aus diesen Gründen ist es wichtig, dem direkten Dialog zwischen den Konfliktparteien in der wissenschaftlichen Literatur mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

1.2 Fragestellung und Ziele der Arbeit

In dieser Arbeit sollen folgende Fragen beantwortet werden: Taugt ein Kongress wie „Studenten bauen Brücken“ als eine Konfliktbearbeitungsmethode durch Dialog? Und: In welcher Form kann der Kongress zur Konfliktbearbeitung eingesetzt werden? Dabei sollen Probleme aufgedeckt und entsprechende Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Zugleich wird auf die Vor- und Nachteile einer solchen Konfliktbearbeitungsmethode eingegangen.

Viele Studien haben sich mit der Kommunikation im allgemeinen oder mit konkreteren Formen von Kommunikation und Dialog, wie z.B. gewaltfreier Kommunikation, beschäftigt und unterschiedliche Kommunikationsmodelle entwickelt. In dieser Arbeit wird zuerst der Ursprung des Begriffs *Dialog*

17 Mediation bedeutet Vermittlung in Konflikten durch unparteiische (neutrale) Dritte, die von beiden (allen) Konfliktparteien akzeptiert werden. Für weitere Informationen über diese Konfliktbearbeitungsarten, siehe z.B. Bercovitch/Rubin (1992), Fisher/Ury (1984).

18 Für mehr Informationen über die Arbeit der Gruppe, siehe Bar-On, Dan (2000 und 2001).

erklärt, um im Anschluss auf die Vorstellung der wichtigsten Dialogmodelle überzugehen. Dabei wird die Aufmerksamkeit auf die folgenden Ansätze gerichtet: auf das vom Quantenphysiker David Bohm angelegte und von anderen Wissenschaftlern weiterentwickelte Dialogmodell, auf Rosenbergs Modell der gewaltfreien Kommunikation und auf Ropers Konzept von Mediation und Dialogprozessen. Im empirischen Teil der Arbeit wird zuerst auf die Vorgeschichte und Entstehung des Kongresses sowie auf die Kongressziele, Zielgruppen und das Programm eingegangen, um im Anschluss daran mit Hilfe eines Dialogmodells eine Auswertung vorzunehmen. Grundlage für die Auswertung bilden Fragebögen, die an alle Kongressteilnehmer¹⁹ des ersten und zweiten Kongresses ausgeteilt wurden.

2. Wichtigste Merkmale der vorgestellten Dialogmodelle

Es gibt keine einheitliche wissenschaftliche Definition des *Dialoges*. Im Alltag wird Dialog als ein Gespräch zwischen zwei oder mehreren gleichberechtigten Partnern definiert. Nach David Bohm stammt „[...] „Dialog“ [...] vom griechischen Wort *diálogos* ab. *Logos* heißt „das Wort“ oder auch „Wortbedeutung, Wortsinn“. Und *diá* heißt „durch“ – nicht „zwei“[...]“ (Bohm 1998:32-33). Am Ende der theoretischen Erläuterungen wird eine Arbeitsdefinition versucht.

Aus vorgestellten Dialogmodellen werden folgende Punkte für den empirischen Teil von Bedeutung sein: Hauptfähigkeiten für einen Dialog; Voraussetzungen für einen Dialog; Charakterisierung eines Dialogs und Dialogphasen.

Hauptfähigkeiten, die für einen Dialog notwendig sind, sind: *Wahrnehmen*, *Zuhören* und *Sprechen*. Beim Wahrnehmen ist es insbesondere wichtig, das Wahrgenommene von innerer Bewertung zu trennen (vgl. Bohm 1998:40-43) und Bewertung zurückzuhalten (vgl. Hartkemeyer/Dhority 2001:84-90). Zuhören beinhaltet drei Aspekte: *sich selbst*, *dem Anderen* und *dem Gruppenganzem* zuhören (vgl. Bohm 1998:55-58). Die *Empathie*, das Hineinversetzen in die andere Person, spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

19 Im Folgenden wird die männliche Form der Ausdrücke wie Teilnehmer, Studenten, u.a. benutzt, um jeweils sowohl weibliche als auch männliche Personen zu bezeichnen.

Die wichtigsten Bedingungen für einen Dialog sind gemäß vorgestellten Dialogmodellen die folgenden: ein fester Rahmen, nämlich Ort, Zeit und Dauer; Teilnehmerzahl; Klarheit über den Zweck der Zusammenkunft; eine Dialogleitung; Auswahl der Teilnehmer; langfristige Prozessplanung; neutraler Ort, neutrale Sprache; Aufstellung von Spielregeln; Neutralität der Initiatoren; und Bedeutung für die Praxis (vgl. Ropers 2003:6-8 und Bohm 1998). Als erste Voraussetzung für das Gelingen des Prozesses ist wichtig, ein gemeinsames „Container“ als sicheren Vertrauensraum für die Mitglieder einer Dialogrunde zu schaffen (Hartkemeyer/Dhority 2001:44-46).

Nach Inhalt wird zwischen problemlösungsorientierten oder strategischen und beziehungsorientierten oder generativen Dialogen unterschieden. Ein *problemlösungsorientierter* Dialog ist einer, der sich mit der Lösung eines bestimmten Problems befasst; in einem *beziehungsorientierten* Dialog versuchen die Gesprächspartner erst einmal zu verstehen, worum es eigentlich geht. Dialoge dieser Art dienen der Vertrauensförderung (vgl. Ropers 2003:1-2 und Hartkemeyer/Dhority 2001:43).

Nach Methoden wird zwischen einem *positionsklärenden* Dialog, bei welchem die Gesprächspartner ihre Ansichten artikulieren, und einem *aktiven* Dialog unterschieden, bei welchem die Gesprächspartner ihre Gemeinsamkeiten herausarbeiten und untersuchen, wie sie gemeinsam ausgenutzt werden können (vgl. Ropers 2003:1-2).

Nach Zielen lassen sich vier Typen von Dialogprojekten unterscheiden: Dialogprojekte, die als Ziel die Friedensförderung und zwischenmenschliche Versöhnung auf der „Grassroot“-Ebene²⁰ haben; Dialogprojekte, die mit der Ausbildung von Dialog- und Konfliktbearbeitungsfähigkeit der Teilnehmer kombiniert sind; Dialogprojekte, die mit der Netzerkennung und praktischen Projekten kombiniert sind; und Dialogprojekte, die als Vorverhandlungen dienen sollen (vgl. Ropers 2003:3-4).

Jeder Dialogprozess muss vier Phasen durchlaufen: 1.) *Balancierungsphase*, in der die unterschiedlichen Erwartungen und Weltanschauungen erforscht

20 *Grassroot* bezieht sich auf die dritte der drei Akteursebenen in einer Konfliktgesellschaft und bezeichnet lokale Führungspersonlichkeiten, Priester, Lehrer, kleinere NROs usw. Die beiden anderen Ebenen sind die *middle level leaders*, wie z.B. internationale NROs, Kirchen, Akademiker u.a., und *top leaders*, wie die Vereinten Nationen, internationale und regionale Organisationen, Regierungen, internationale Finanzinstitutionen u.a. Oft werden diese Akteursebenen als *Track I*, *Track II* und *Track III* bezeichnet, wobei *Track III* die *Grassroot* Ebene ist.

werden; 2.) *Instabilitätsphase*, in welcher der Prozess häufig zwischen dem Loslassen von Vorannahmen und ihrer inhaltlichen Diskussion hin und her springt, was zu einer Instabilität im „Container“ führt; 3.) *Ideenphase*, in der neue Ideen untersucht werden; und 4.) *Problemlösungsphase*, in welcher Teilnehmer neue Gedanken und Ideen erforschen, selbst wenn sie nicht mit ihnen übereinstimmen (vgl. Hartkemeyer/Dhority 2001:99-102).

3. Anwendung der Modelle auf das Fallbeispiel

In dieser Arbeit wird der Dialog gesehen als „ein gemeinsamer Prozess der Problembewältigung, in dem neue Ideen entstehen, die über alte Kontroversen hinwegzuhelfen vermögen“ (Galtung 1997:494). Der Kongress „Studenten bauen Brücken“ als Dialogprozess wird mit Hilfe der oben genannten Konzepte untersucht.

Die Aufmerksamkeit wird dabei zuerst auf die Bedingungen für einen Dialogprozess gerichtet. Nach deren Herausarbeitung wird der Kongress dialogtypisch charakterisiert und zwar zunächst hinsichtlich der Fragestellung, ob es sich um einen strategischen oder einen generativen Dialog handelt. Anschließend wird der Kongress nach Methoden, Inhalten und Zielen charakterisiert. Da der Kongress erst zweimal stattgefunden hat, ist die Bewertung der Dialogphasen nur eingeschränkt möglich.

3.1 Einleitung in die Methodik der Arbeit

Für die Auswertung des Kongresses werden das Kongresskonzept, die Sitzungsprotokolle des Kongressteams von 2001 bis 2003, und die von Teilnehmern ausgefüllten Fragebögen verwendet. Zudem werden persönliche Eindrücke der Autorin als Teilnehmerin und Mitorganisatorin der beiden Kongresse mit einbezogen. Für ein besseres Verständnis wird im Folgenden eine kurze Beschreibung der beiden Kongresse vorgenommen.

3.2 Kurzer Abriss des Kongresses im Jahre 2002

Die Idee zu einem Studentenkongress, zu dem alle Studierende aus dem ehemaligen Jugoslawien, die im deutschsprachigen Raum studieren, eingeladen werden sollten, wurde in einem Gesprächskreis gegründet, in dem Studierende jenseits traditioneller politischer, ethnischer oder religiöser Grenzen diskutiert und nach Lösungen für ihre Heimatländer gesucht haben.

Ziele des ersten Kongresses waren, durch einen Dialog zwischen den Teilnehmern Vorurteile unter den Nationalitäten aus Südosteuropa abzubauen und dadurch das entstandene Misstrauen zu überwinden, sowie Studierende und ihre Universitäten in Südosteuropa mit Studierenden und Universitäten im deutschsprachigen europäischen Raum zu vernetzen und den Studentenaustausch gezielt zu fördern. Weitere Ziele waren der interdisziplinäre Austausch und die Diskussion über die Zukunftsperspektiven des jeweiligen Landes.

Die Hauptzielgruppe des Kongresses waren Studierende, die aus Südosteuropa stammen und in deutschsprachigen Ländern studieren und deutschsprechende Studierende aus Südosteuropa, vorwiegend solche aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die sekundäre Zielgruppe waren Professoren, die Studierende aktiv unterstützen sollten, an ihren Universitäten ähnliche Gruppen zu initiieren. Zum Kongress kamen mehr als 350 Teilnehmer, die aus dem ehemaligen Jugoslawien stammten oder kamen. Die Mehrheit der Teilnehmer waren Bosnier (ca. 95 Teilnehmer),²¹ dicht gefolgt von in Deutschland geborenen Teilnehmern. Etwa dreißig Teilnehmer stammen aus Serbien und Montenegro, fünfzehn aus Kroatien. Ferner kamen jeweils fünf aus Mazedonien und Albanien stammende Studierende. Weitere Teilnehmer kamen aus anderen Ländern, wie z.B. Ghana, Frankreich, usw. Nur drei Teilnehmerinnen kamen direkt aus Südosteuropa, darunter zwei Studentinnen aus Bosnien-Herzegowina und eine Studentin aus Serbien und Montenegro.

Als Kongresssprache wurde Deutsch ausgewählt. Als Kongressort wurde Hamburg ausgewählt, zum einen aus organisatorischen Gründen, zum anderen, weil sich die Stadt als eine weltoffene Stadt für eine derartige Veranstaltung anbot.

Der Kongress wurde wie folgt konzipiert: Vormittags fanden impulsgebende Plenumvorträge statt; danach gab es Arbeitsgruppen, in denen die im Plenum aufgeworfenen Fragen näher diskutiert werden konnten. Am Ende des jeweiligen Tages wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Plenum zusammengefasst. Es wurden fünfzehn Arbeitsgruppen angeboten. Neben dem Diskussionsprogramm fand ein Kulturprogramm statt, das Filmvorführ-

21 Mit *Bosnier* werden in Bosnien-Herzegowina geborene Menschen, unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit bezeichnet – darunter sind Katholiken, Orthodoxe, Moslems und Anhänger anderer Religionen vertreten.

rungen, eine Lesung, mehrere Ausstellungen und eine Abschlussfeier umfasste.

3.3 Kurzer Abriss des Kongresses im Jahre 2003

Konzept und Zielsetzung des Kongresses wurden im Vergleich zum vorangegangenen Jahr nicht wesentlich geändert. Neben der Weiterführung des Dialogs zwischen Studierenden aus Südosteuropa, die zum Ziel den Vertrauensaufbau und letztendlich Versöhnung hat, wurde als Ziel eine Vertiefung der entstandenen und die Etablierung neuer Netzwerke unter Studierenden angestrebt.

Die Zielgruppe blieb dieselbe, jedoch wurde im Jahr 2003 angestrebt, bis zu fünfzig Studierende aus Südosteuropa einzuladen, damit ein gezielter Austausch zwischen ihnen und den Studierenden in der Diaspora stattfinden konnte. Aus finanziellen Gründen konnten nur sechs Studierende aus Südosteuropa zum Kongress begrüßt werden: zwei aus dem Kosovo, drei aus Serbien-Montenegro und einer aus Bosnien-Herzegowina. Zum Kongress erschienen etwa einhundert der angemeldeten einhundertunddreißig Teilnehmer. Das Verhältnis der Nationalitäten war ungefähr gleich, nur dass bei diesem Kongress der Anteil serbischer Studenten angestiegen war.

Es wurden weniger Arbeitsgruppen angeboten, um Teilnehmern mehr Zeit für die Durchführung derselben geben zu können, ansonsten blieb das Programmkonzept dasselbe. Es wurde wieder ein Kulturprogramm angeboten, welches u.a. ein transatlantisches Buchprojekt und eine Abschlussfeier beinhaltete.

Im Gegensatz zum ersten Kongress stellte das Kongressteam eine Vereinbarung über die Spielregeln während des Kongresses zwischen allen Teilnehmern zusammen. Diese beinhaltete folgende Punkte: Wir zeigen Toleranz gegenüber anderen Meinungen und suchen aktiv das Gespräch mit Andersdenkenden; wir gehen respektvoll miteinander um; wir hören einander zu und versuchen zu verstehen, was die anderen sagen wollen; wir lassen uns gegenseitig ausreden und bemühen uns gleichzeitig um kurze, klare Beiträge zum gewählten Thema; wir vermeiden Verallgemeinerungen/Pauschalierungen und Generalisierungen; auch wenn die Diskussion sich erhitzt, bleiben wir sachlich und verletzen die Gesprächspartner nicht durch persönliche Angriffe; wir leisten konstruktive Kritik, wenn sie uns wichtig erscheint und nehmen selbst Kritik gern entgegen. Diese Regeln gingen aus den Erfahrungen des ersten Kongresses hervor.

3.4 Charakterisierung des Dialogtyps

Nach Inhalten lässt sich der Kongress zu beiden Typen zuordnen, da er zum einen als Ziel den Vertrauensaufbau und die Annäherung der Völker in Südosteuropa hat, zum anderen die Lösung der problematischen Beziehungen unter ihnen anstrebt. Letztere wird jedoch nur durch den Vertrauensaufbau möglich. Aus diesem Grund lässt sich sagen, dass der Kongress vorrangig ein *beziehungsorientiertes* Dialogprojekt ist.

Der Kongress ist vor allem als ein *aktiver* Dialogprozess zu verstehen: Er fordert die Teilnehmer dazu auf, ihre verschiedenen Ansichten kennen zu lernen und herauszuarbeiten und sie als Chance und nicht als Barriere zu begreifen, um auch künftig miteinander leben zu können.

Bezüglich seiner Ziele ist der Kongress sehr vielschichtig: Zum einen erstrebt er die Netzworkebildung unter Studierenden und will zur Durchführung praktischer Projekte anregen, zum anderen geht es ihm um Friedensförderung und zwischenmenschliche Versöhnung auf allen Ebenen. Nach Bewertung der Autorin sollte er überdies ein weiteres Ziel verfolgen, nämlich die Ausbildung von Dialog- und Konfliktbearbeitungsfähigkeit der Teilnehmer. Dies könnte in kleineren Workshops geleistet werden.

3.5 Bedingungen des Dialogprozesses

Aus den in Modellen genannten Bedingungen für einen guten Dialogprozess werden folgende Bedingungen als wichtig für den Kongress betrachtet: der Prozess wurde langfristig angesetzt, es gibt einen Dialogbegleiter, Ziel und Zweck des Zusammenkommens sind bestimmt worden, Spielregeln wurden aufgestellt, ein Bezug zur Praxis ist vorhanden, Teilnehmer bilden eine heterogene Gruppe (sowohl bezüglich der Nationalitäten als auch bezüglich ihrer politischen Einstellungen), der Veranstalter ist multiparteiisch und neutral, die Kongresssprache ist neutral, zudem wurde ein neutraler Ort für die Kongressdurchführung ausgewählt. Da es sich um einen Kongress handelt, wird ein fester Rahmen bezüglich Ort, Zeit und Dauer vorausgesetzt.

3.6 Ansätze für einen Dialogprozess

Durch die Auswahl der Themen wollte das Kongressteam beim ersten Kongress eine Möglichkeit zum Kennenlernen geben und somit den schwierigen Fragen erst einmal aus dem Weg gehen. Auf diese Weise sollte es möglich

werden, ein „Container“ für die Teilnehmer schaffen, das ihnen ermöglichen würde, in Zukunft auch über schwierigere Themen zu sprechen. Dies ist jedoch nicht ganz gelungen, denn viele der Themen wurden als sehr konfrontativ wahrgenommen, andere wiederum als zu allgemein. Die Heterogenität und die große Zahl der Teilnehmer haben dazu geführt, dass manche sofort mit schwierigen Themen angefangen haben. Da es keine geeignete Dialogführung und keinen gesonderten Raum dafür gab, führten diese zu Konflikten, Missverständnissen und dem Ausbleiben mancher Teilnehmer. Dadurch sind eine der Rahmenbedingungen und die erste Prozessphase zwar nicht gescheitert, jedoch noch nicht zufriedenstellend absolviert worden.

Beim ersten Kongress wurden viele unterschiedliche Weltanschauungen und Erwartungen sowie unterschiedliche Wahrnehmung der Konflikte als solche angesprochen, jedoch gab es keinen „Container“, der diese hätte auffangen können. Diese Instabilität führte zu Frustrationen und zum Aussteigen mancher Teilnehmer aus dem Kongress. Dies ist nicht zufriedenstellend, da dadurch die Möglichkeit einer Bewältigung der Krise bei vielen Teilnehmern verloren gegangen ist. Da der Kongress sich erst am Anfang eines langen Prozesses der Annäherung und des Vertrauensaufbaus befindet, können weitere Phasen zu diesem Zeitpunkt nicht näher betrachtet werden.

4. Ergebnisse und Ausblick

4.1 Ergebnisse der Untersuchung

Ursprüngliche Fragestellung war, ob ein Kongress wie „Studenten bauen Brücken“ als eine Konfliktbearbeitungsmethode durch Dialog „taugt“ und in welcher Form er zur Konfliktbearbeitung (erfolgreich) eingesetzt werden kann. Bei der Untersuchung sind mehrere Defizite zum Vorschein gekommen, die jedoch überwunden werden können. Folgende Problemfelder ließen sich ausmachen: *Komplexität der Materie* (Ziele und Thematik), *Komplexität der Teilnehmer* (Heterogenität, große Anzahl, sowie mangelnde Vertrauensbasis zwischen ihnen), *Popularität der Kongressidee und -ergebnisse* und *Kongressaufwand*. Im folgenden werden Lösungsvorschläge für jedes dieser Problembereiche unterbreitet und eine Erklärung derselben wird vorgenommen.

1. *Komplexität der Materie* bezieht sich zum einen auf die vielen *Ziele*, die der Kongress verfolgt, zum anderen auf die Vielfalt der behandelten *Themen*:

- *Verfolgung vieler Ziele* gleichzeitig erschwert die Ergebnisverfolgung und kann sich negativ auf die Qualität der Arbeit auswirken und zum geringeren Interesse der Teilnehmer führen. Zu diesem Problem werden zwei Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen: *Zwischenziele* deklarieren und/oder Ziele durch *konkrete Projekte* konkretisieren. Des weiteren ist es wichtig, *Kongressziele*, z.B. durch Veröffentlichung auf der Kongresswebseite, *transparent* zu machen. Wenn Zwischenziele deklariert werden, wird die Ergebnis- und Erfolgsverfolgung einfacher, und dies wiederum verleiht den Beteiligten mehr Durchhaltevermögen.²² Eine ähnliche Verbesserung könnte zusätzlich durch die Konkretisierung von Zielen mit Hilfe konkreter Projekte (z.B. durch gegenseitige Besuche der Studierenden aus verschiedenen Ländern/Städten, Entwicklung der Universitätspartnerschaften) erzielt werden.
- Die Vielfalt der Ziele zieht die *Vielfalt der behandelten Themen* nach sich. Diese hat Vor- und Nachteile: Der Vorteil ist darin zu sehen, dass alle Teilnehmer angesprochen werden; der Nachteil liegt darin, dass die behandelten Themen nur angerissen werden können. Dieser Mangel an konzeptioneller Klarheit kann dahingehend interpretiert werden, dass, weil es sich um den ersten Ansatz dieser Art handelt, noch keine konzeptionelle Eindeutigkeit auf diesem Gebiet vorhanden ist und sie daher entwickelt werden muss.

Das Problem der Themenvielfalt könnte durch thematische *Schwerpunktsetzung* bei einzelnen Kongressen behoben werden. Schwerpunkte könnten auf einzelne Länder, Bereiche (z.B. Politik, Wirtschaft) oder Erfahrungshorizonte der Teilnehmer gesetzt wer-

22 So könnte sich der Kongress zuerst auf den Vertrauensaufbau und die Annäherung konzentrieren, um, nachdem dieses Ziel erreicht ist, die Frage nach der gegenwärtigen Position der Studierenden in Südosteuropa und in der Diaspora zu stellen und Veränderungsvorschläge zu unterbreiten. In einem der nächsten Schritte kann dann mit der Vergangenheitsbewältigung begonnen werden. Dieses Thema ist sehr wichtig und darf nicht „unter den Tisch fallen“, da dadurch die gleichen Fehler wiederholt würden und die Konfliktsachen auf Dauer nicht bekämpft werden könnten. Um über ein solches Thema sprechen zu können, ist es nötig, den Teilnehmern eine ausreichend stabile Vertrauensbasis bieten zu können.

den. Eine Schwerpunktbildung nach Ländern würde bedeuten, dass *bei jedem Kongress* ein anderes Land den Schwerpunkt bildet. Neben Ländern könnte die Schwerpunktbildung nach Bereichen erfolgen, so könnten z.B. bei einem Kongress nur Themen behandelt werden, die mit der Bildung zu tun haben, wie Netzerkennung, Ausbildungssystem, u.a. Eine Schwerpunktbildung nach Erfahrungshorizonten der Teilnehmer könnte so aussehen, dass sich Menschen aus verschiedenen Regionen, oder Täter und Opfer austauschen. Diese Art der Schwerpunktbildung ist jedoch erst dann ratsam, wenn eine stabile Vertrauensbasis zwischen den Teilnehmern geschaffen wurde.²³

Thematische Schwerpunkte könnten eine konzentriertere Auseinandersetzung mit dem Konflikt und seinen Folgen ermöglichen; bei der Vielfalt der nicht miteinander verwandten Themen ist die Schwerpunktauswahl problematisch. Für eine Schwerpunktbildung mit der Festlegung von Zwischenzielen spricht jedoch, dass als Resultat eine effektivere Konfliktbearbeitung hervorgehen kann.

2. *Komplexität der Teilnehmer* bezieht sich zum einen auf die Heterogenität der Teilnehmer in Bezug auf *unterschiedliche Nationalitäten* und *unterschiedliche Erfahrungshorizonte*, zum anderen auf die *große Teilnehmerzahl*. Aus diesen zwei Problembereichen geht der dritte hervor, nämlich die *fehlende/unterwickelte Vertrauensbasis* zwischen den Teilnehmern:

- Die *Heterogenität der Teilnehmer unterschiedlicher Nationalitäten* und mit *unterschiedlichen Erfahrungen* führt zum einen zu Problemen, zum anderen ist sie notwendig, da dadurch die Komplexität des Konflikts widerspiegelt wird. Eine Zusammenführung unterschiedlicher Erfahrungshorizonte und Nationalitäten kann sich negativ auf die Effektivität des gesamten Kongresses auswirken. Zum einen kann daraus ein mangelndes Verständnis für die Ansichten Anderer entstehen, zum anderen wird durch die Heterogenität auf mehreren Ebenen der Kommunikationsprozess zusätzlich verlangsamt. Vorteile sind, dass Vertreter aller Nationalitäten und aller Lebenserfahrungen anwesend sind und sich keiner aus dem Dialogprozess ausgeschlossen fühlen muss.

23 Auch ein Austausch zwischen Studierenden, die in Südosteuropa studieren, und Studierenden, die in der Diaspora studieren, würde sinnvoll sein, da zwischen diesen beiden Gruppen von Studierenden große Vorurteile hinsichtlich des Lebens der jeweils anderen Gruppe bestehen.

Ein Lösungsvorschlag ist, diese Problematik anzusprechen, damit sie allen Teilnehmern bewusst wird. Die Ausgrenzung einer der Teilnehmergruppen ist hingegen kontraproduktiv, da dadurch eine Konfliktpartei fehlen würde und eine nachhaltige Konfliktbearbeitung ohne Einbeziehung aller nicht gewährleistet werden kann. Es ist sehr wichtig, eine gute Balance zu erreichen.

- *Fehlende und/oder unterentwickelte Vertrauensbasis* zwischen Teilnehmern wird zum einen durch Vorurteile hervorgerufen, zum anderen durch Ängste, die die Teilnehmer untereinander haben. Eine bessere Vertrauensbasis könnte dadurch geschaffen werden, dass Studierende aller Nationalitäten in die Kongressplanung eingebunden werden. Außerdem sollen weiterhin studentische Beiträge in das Kongressprogramm eingebunden werden. Nur wenn Studierende aller Nationalitäten in die Kongressplanung eingebunden werden, wird auch die Vertrauensbasis mit der Zeit wachsen, da jede Nationalität ihre Interessen und Ziele in die Kongressdurchführung mit einbringen kann. Um Gemeinschaftssinn und Vertrauensaufbau weiter voranzutreiben, ist es wichtig, Teilnehmer aufzufordern, gemeinsame Kunstprojekte vorzubereiten. Die Aufnahme studentischer Beiträge ins Programm zeigt den Teilnehmern, dass sie ernst genommen werden und fordert sie heraus, sich aktiv einzubringen.
- *Die große Teilnehmerzahl* ist ein zwiespältiges Problem: Wird die Teilnehmerzahl gesenkt, werden vielleicht interessierte Menschen ausgeschlossen und der Kongress könnte nicht repräsentativ genug sein. Andererseits kann eine große Anzahl der Interessierten zu einer Verflachung des Themas führen und dadurch ernsthafte Auseinandersetzung mit der Problematik behindern. Es gibt keine befriedigende Lösung für dieses Problem. Eine Möglichkeit, um sowohl konzentrierteres Arbeiten als auch eine große Teilnehmerzahl während der Kongresse zu ermöglichen, wäre, an einzelnen Universitäten kleinere Workshops für Studierende der jeweiligen Universität zu organisieren. In den Workshops könnten sie Dialogfähigkeiten erlernen und/oder Themen erarbeiten und gemeinsame Projekte vorbereiten. Eine andere Möglichkeit wäre eine Multiplikatoren Ausbildung, zu der interessierte Studierende aus ganz Deutschland eingeladen sein würden. Diese könnten dann Workshops in ihren Städten organisieren.

Die aufgeführten Lösungsvorschläge würden es ermöglichen, in einem kleineren Rahmen in tiefergehende Diskussionen einzutreten; die Ergebnisse könnten dann bei „großen“ Kongressen allen Teilnehmern präsentiert werden. Auf diese Weise würde auch eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht werden, da diese durch eine jährlich einmalig stattfindende Veranstaltung nicht gewährleistet werden kann.

3. Damit der Kongress nicht nur eine universitäre Veranstaltung bleibt, von der wenig Menschen wissen, muss seine *Popularität* und *Nachhaltigkeit* gewährleistet werden. Derzeit ist er in Deutschland wenig über den universitären Rahmen hinaus bekannt:

- Kongressideen und -ergebnisse sollten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. So sollte die Bekanntmachung der Kongressidee an den Universitäten in Südosteuropa, in den Medien (sowohl in Südosteuropa als auch in der Diaspora), in den Botschaften und ähnlichen Institutionen erfolgen. Eine gute Möglichkeit dafür wäre, eine Broschüre herauszugeben, die die Kongressziele, seine Grundidee sowie die bisher gemachten Schritte dokumentieren und Interessierten die Möglichkeit geben würde, sich ein Bild von der Kongressarbeit zu machen. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Ansprechpartner (Professoren oder Rektoren) für die Kongressidee zu gewinnen, die ähnliche Initiativen an ihren Universitäten ins Leben rufen könnten.
- Die *Nachhaltigkeit* des Projekts kann durch institutionelle Verankerung weiter gefördert werden. Der Schirmherr des Kongresses ist der Präsident der Hamburger Universität, und seit dem Jahr 2003 wird der Kongress auch im *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* an der Universität Hamburg verankert.

4. Aufgrund des großen *Aufwandes für die Kongressvorbereitung und seine Durchführung* ist eine Vergrößerung des Kongressteams anzustreben:

- Im Kongressvorbereitungsteam sollten nach Möglichkeit alle Nationalitäten vertreten sein.

Die Untersuchung verdeutlicht, dass sich keines der vorgestellten Dialogmodelle vollständig auf den Kongress mit seiner spezifischer Problematik übertragen lässt. Einige Schlussfolgerungen sind besonders wichtig:

- *Die Klärung der Bedingungen* vor einer Veranstaltung erwies sich als sehr wichtig und muss in die Vorbereitung mit einbezogen werden.
- *Die Art des Umgangs mit Konflikten* wurde in den meisten Modellen nicht näher beschrieben. Gerade, wenn es um Konfliktbearbeitung geht, ist dies besonders wichtig.
- *Kernfähigkeiten für einen Dialog* sind zwar wichtig, können jedoch in einer großen Veranstaltung, die einmal jährlich stattfindet, nicht so einfach vermittelt werden. Organisierung von kleineren Workshops für Multiplikatoren könnte helfen, diese schrittweise an andere Teilnehmer zu vermitteln. Als wichtigste Fähigkeiten haben sich *Zuhören, Beobachten ohne zu Bewerten, Sprechen* und vor allem *Empathie* erwiesen.
- *Das Dialogphasenmodell* von Hartkemeyer/Dhority konnte am besten die beim Kongress aufgetauchten Probleme erklären. Die Dauer der jeweiligen Phase ist jedoch im Modell nicht näher beschrieben worden und kann bei einer großen Veranstaltung (wie ein Kongress) zu Unzufriedenheit führen.

Der Kongress hat, wie jede andere Konfliktbearbeitungsmethode, Vor- und Nachteile. Vorteile sind: Eine große Anzahl von Interessierten wird angesprochen; er bietet eine für alle zugängliche Gesprächsplattform; die Überwindung von Problemen und Konflikten kann zu großen Veränderungen führen; durch Multiplikatoren kann ein Pyramidensystem entstehen; die Netzbildung zwischen mehreren solchen Initiativen kann für Veränderungen in betroffenen Ländern sorgen; aufgrund des Pionierstatus solcher Veranstaltungen besteht eine hohe Flexibilität bezüglich des Programms. *Mögliche Nachteile* sind jedoch: Oberflächliche Themenbehandlung aufgrund der großen Teilnehmerzahl; Diskontinuität und zu geringe Nachhaltigkeit durch den jährlichen Veranstaltungsrhythmus; Gefährdung der gesamten Veranstaltung, da von wenigen Einzelnen ein sehr großes Engagement und viel Ausdauer gefordert wird. Aus diesem Grund sollte der Kongress auch mittelfristig institutionell verankert werden, da andernfalls ein vorschnelles Ende des Dialogprozesses droht.

4.2 Ausblick

Die während des Kongresses aufgetauchten Kommunikationsprobleme können auf den ersten Blick als ein Scheitern des gesamten Kongresses interpretiert werden. Die Tatsache jedoch, dass sich bereits beim ersten Kongress so viele Studierende für diese Thematik interessiert haben, ist wohl als ein sehr großer Erfolg zu werten. Nach Gewaltkonflikten, wie sie im ehemaligen Jugoslawien stattgefunden haben, sind *direkte* Treffen und Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Konfliktparteien zur Initiierung eines erfolgreichen Dialogprozesses unabdingbar. Die Spannungen des ersten Kongresses sind ein deutliches Zeichen dafür, dass der Weg der Konfliktbearbeitung ein langer ist. Die gewaltfreie Lösung von Konflikten durch Dialogprozesse erfordert Menschen, die zu großer Zugeständnissen bereit sind, weil sie an den Frieden glauben und etwas für ihn tun.

Konfliktbearbeitung durch Dialog ist sehr wichtig, denn nur wenn miteinander geredet wird, kann eine Bearbeitung des Geschehenen stattfinden, so dass neue Lösungen hervorgebracht werden. Nur durch ein *direktes Gespräch* „ohne gegenseitiges Belügen“ wird ein nachhaltiger Frieden möglich. Regierungen können zwar politische Entscheidungen durchsetzen; sie können jedoch wenig dazu beitragen, dass Menschen friedlich und vorurteilslos aufeinander zugehen und miteinander leben. Es bedarf großer Ausdauer und vieler Initiativen, um diesen Frieden schrittweise zu verwirklichen.

Dass der Abbau von Vorurteilen, Hass und Gewalt zwischen Menschen verschiedener Staaten und Religionen erfolgreich realisiert werden kann, zeigen Beispiele aus jüngster Vergangenheit: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das schwierige deutsch-polnische Verhältnis unter anderem durch diverse Austauschprogramme zwischen Jugendlichen beider Länder Schritt für Schritt in eine deutsch-polnische Freundschaft umgewandelt. Ebenso gelang es durch jahrelange Dialogprozesse, die Feindschaft zwischen Israel und Deutschland, zumindest weitestgehend, in ein freundschaftliches Miteinander zu verwandeln.

Aus dieser Perspektive kann der Kongress „Studenten bauen Brücken“ eine gute Dialogplattform für Konfliktbearbeitung bieten. Konflikte wie diejenigen, die im ehemaligen Jugoslawien stattgefunden haben, müssen angesprochen und diskutiert werden und können nur durch solche Initiativen be-

arbeitet, verstanden und letztendlich überwunden werden.²⁴ Es handelt sich dabei nicht um einen umfassenden Lösungsansatz und eine Lösung aller Probleme. Dennoch, wenn viele solche Initiativen gestartet werden, wenn tatsächlich ein Pyramidensystem eintritt, können sie gemeinsam eine Art „Patchwork“ von vielen Annäherungsprozessen bilden. Zusammen genommen können diese Initiativen die Entwicklungen beeinflussen, um langfristig Polarisierungen, Ängsten und Ohnmacht entgegenzuwirken.

24 Zur „Tauglichkeit“ des Kongress für die Konfliktbearbeitung hat ein Teilnehmer folgendes geschrieben: „Auf jeden Fall, vor allem deswegen weil man nicht nur untereinander die Konflikte verarbeiten kann und sieht, hej da gibt es auch coole Leute anderer Glaubenszuordnungen, die genau so denken wie ich, sondern auch durch psychologische Betreuung vor Ort kann man auf einige Problemfälle individuell eingehen“. Es gab jedoch auch kritischere Stimmen: „Kongresse bieten gute Möglichkeiten zur Kommunikation und Meta-Kommunikation, aber zur Konfliktbearbeitung sind sie dann doch zu groß, zu vollgepackt und zu wenig in die Tiefe gehend. Da gibt es bessere Plattformen [...]“, „Ich glaube, dass der Kongress ein Anfang für die Konfliktbewältigung ist, aber dass die Teilnehmer den größten Teil der Arbeit zu Hause machen können“.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Aitmatow, Tschingis/Ikeda, Daisaku*, 1992: Begegnung am Fudschijama: Ein Dialog, Zürich: Unionsverlag.
- Algosaibi, Ghazi*, 2000: Vom Zusammenstoß der Zivilisationen zum Dialog der Kulturen, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europas Beitrag zum Frieden: Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement (Dialog, Beiträge zur Friedensforschung, Bd. 37, Heft 3-4, 1999), Münster: agenda Verlag, S. 47-58.
- Bar-On, Dan*, 2000: Den Abgrund überbrücken: Mit persönlicher Geschichte politischen Feindschaften begegnen, Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Bar-On, Dan*, 2001: Die „Anderen“ in uns: Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung, Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Bercovitch, Jacob* (Hrsg.), 1996: Resolving International Conflicts: The Theory and Practice of Mediation, London: Lynne Rienner Publishers, Inc.
- Bercovitch, Jacob/Rubin, Jeffrey Z.* (Hrsg.), 1992: Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management, New York: St. Martin's Press, Inc.
- Bohm, David*, 1998: Der Dialog. Das offene Gespräch am Ende der Diskussionen, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Brock, Heiner*, 2002: Hamburger Studenten als Friedensstifter, in: Hamburger Abendblatt vom 08./9. Mai 2002, Hamburg.
- Buber, Martin*, 7. Auflage 1994: Das dialogische Prinzip, Gerlingen: Lambert Schneider.
- Burton, John*, 1990: Conflict: Resolution and Provention, Houndmills, Basingstoke, Hampshire RG21 2XS and London: The Macmillan Press Ltd.
- Ellinor, Linda/Gerard, Glenna*, 2000: Der Dialog im Unternehmen: Inspiration, Kreativität, Verantwortung, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Fedorowicz, Hania M.*, 2000: Gemeinschaftsbasierende Konfliktlösung: Über die Möglichkeit, sozial-politische Auseinandersetzungen am Ende des 2. Millenniums konstruktiv auszutragen, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europas Beitrag zum Frieden: Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement (Dialog, Beiträge zur Friedensforschung, Bd. 37, Heft 3-4, 1999), Münster: agenda Verlag, S. 98-105.

- Fedorowicz, Hania M.*, 2003: Dialogprozesse in politisch angespannten Gebieten. Gemeinschaftsbasierende Konfliktlösung in einem Nachkriegsgebiet Kroatiens, in: Mehta, Gerda/Rückert, Klaus (Hrsg.), *Mediation und Demokratie: Neue Wege des Konfliktmanagements in größeren Organisationen*, Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag, S. 240-259.
- Fisher, Roger/Ury, William*, 2. Auflage 1984: *Das Harvard-Konzept: Sachgerecht verhandeln – erfolgreich verhandeln*, Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Fisher, Ronald J.*, 1997: *Interactive Conflict Resolution*, New York: Syracuse University Press.
- Galtung, Johan*, 1997: Demokratie: Dialog für einen Konsens, Debatte um eine Mehrheit oder beides?, in: Schlüter-Knauer, Carsten (Hrsg.), *Die Demokratie überdenken: Festschrift für Wilfried Röhrich*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 491-503.
- Geiser, Christiane*, 2000: Der Dialog nach David Bohm. Eine Einführung, <http://www.gfk-institut.ch/Texte/b-einf.html>, Stand: 2000, Zugriff am 15.05.2003, 13:23 Uhr.
- Hammerbacher, Ruth/Claus, Dr. Frank*, 2001: Dialog- und Beteiligungsprozesse setzen sich durch – Ergebnisse einer Befragung, <http://www.hammerbacher.de/files/Dialogartikel%20iku-hbg%20.pdf>, Stand: 1/2002, Zugriff am: 15.05.2003, 13:13 Uhr.
- Hartkemeyer, Martina & Johannes F./Dhority, L. Freeman*, 2001: *Miteinander Denken. Das Geheimnis des Dialogs*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Hellmann-Grobe, Antje*, 2000. *Dialogprozesse. Gestaltungsansätze für Dialoge im globalisierten Umfeld*, Bamberg: Difo-Druck OHG.
- Hippler, Jochen*, 1997: Gewaltsame Konflikte, Ethnizität, und Möglichkeiten von Solidarität und Hilfe, http://www.naher-osten.de/Aufsätze/Ethnizitat_und_Humanitare_Hilf/ethnizitat_und_humanitare_hilf.html, Stand: 1997, Zugriff am: 17.06.2003, 10:13 Uhr.
- Isaacs, William*, 1999: *Dialogue and the art of thinking together: a pioneering approach to communicating in business and in life*, New York: Currency and Doubleday.
- Kempf, Wilhelm/Frindte, Wolfgang/Sommer, Gert/Spreiter, Michael* (Hrsg.), 1993: *Gewaltfreie Konfliktlösungen: Interdisziplinäre Beiträge zu Theorie und Praxis friedlicher Konfliktbearbeitung*, Heidelberg: Roland Asanger Verlag.
- Kongresswebseite: www.studentenbauenbruecken.de*
- Konstruktive Kommunikation: Gewaltfreie Kommunikation in Theorie und Praxis*, <http://www.visionenundwege.de/konflikttransformation/gfk.htm>, Zugriff am: 15.05.2003, 12.35 Uhr.

- Kraybill, Ron*, 2001: Facilitation Skills for Interpersonal Transformation, in: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management: Berghof Handbook for Conflict Transformation.
- Lederach, John Paul*, 1997: Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington D.C.: United States Institute of Peace Press.:
- Mehmedbegović, Naida*, 2002: Studenten bauen Brücken, in: Pressestelle der Universität Hamburg: YouSee – Das Magazin der University Hamburg 01/02, Hamburg.
- Mehmedbegović, Naida*, 2002: Reconciliation in the Balkans, in: EAIE Forum 54, www.eaie.org/pdf/F43art5.pdf, Stand: Winter 2002, Zugriff am: 16.05.2003, 09:12 Uhr.
- Nansen Dijalog Centar* (Hrsg.), 2002: On the Road Film Festival 2002, Sarajevo: Repografika.
- Patten, Christopher*, 2001: EU Strategy in the Balkans, in: European Union Newsletter, <http://www.delmkd.cec.eu.int/en/information-sources/newsletters/pdf/July2001.pdf>, Stand: Juli 2001, Zugriff am: 13.06.2003, 14:41 Uhr.
- Ropers, Norbert*, 1995: Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethno-politischer Konflikte, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung
- Ropers, Norbert*, 2003: From Resolution to Transformation: Assessing the Role and Impact of Dialogue Projects, in: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management (Hrsg.): Berghof Handbook for Conflict Transformation, www.berghof-handbook.net, Stand: 2003, Zugriff am 06.06.2003, 12:36 Uhr.
- Rosenberg, Marshall B.*, 2002: Gewaltfreie Kommunikation: Aufrichtig und einfühlsam miteinander sprechen. Neue Wege in der Mediation und im Umgang mit Konflikten, Paderborn: Junfermann Verlag.
- Ross, Marc Howard/Rothman, Jay* (Hrsg.), 1999: Theory and Practice in Ethnic Conflict Management. Theorizing Success and Failure, Houndmills, Basingstoke, Hampshire and London: Macmillan Press Ltd.
- Schomeier, Nirma*, 2003: Studenten bauen Brücken. Internationaler Kongress in Hamburg von Studierenden aus Osteuropa, <http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-campus/6983.html>, Stand: 12.05.2003, Zugriff am: 19.06.2003, 10:15 Uhr.
- Schulz von Thun, Friedemann*, 1999: Miteinander Reden 1: Störungen und Klärungen – Allgemeine Psychologie der Kommunikation, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

- Schulz von Thun, Friedemann*, 1989: Miteinander Reden 2: Stile, Werte und Persönlichkeitsentwicklung – Differentielle Psychologie der Kommunikation, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Schulz von Thun, Friedemann*, 1998: Miteinander Reden 3: Das „innere Team“ und situationsgerechte Kommunikation – Kommunikation, Person, Situation, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Schulz von Thun, Friedemann/Ruppel, Johannes/Roswitha Stratmann*, 2001: Miteinander reden: Kommunikationspsychologie für Führungskräfte, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- SEF News*, 1999: Regelungsmöglichkeiten für ethno-politische Konflikte. Ursachenbekämpfung und Dialogförderung als zentrale Strategien, <http://www.sef-bonn.org/download>. PDF, Stand: Juni 1999, Zugriff am: 27.06.2003, 19:42 Uhr.
- Senge, Peter M.*, 4. Auflage 1997: Die fünfte Disziplin: Kunst und Praxis der lernenden Organisation, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Senge, Peter M./Kleiner, Art/Roberts, Charlotte/Ross, Richard B./Smith, Bryan J.*, 2. Auflage 1997: Das Fieldbook zur Fünften Disziplin, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Sucharipa-Behrmann, Lilly*, 2001: Die Rolle der Vereinten Nationen und der OSZE in der zivilen Konfliktbearbeitung, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Zivile Konfliktbearbeitung: Eine internationale Herausforderung, Münster: agenda Verlag, S. 245-268.
- Tannen, Deborah*, 1998: The Argument Culture. Changing The Way We Argue And Debate, London: Virago Press.
- Vukosavljević, Nenad* (Centar za nenasilnu akciju, Sarajevo), 2000: Nenasilje? Priručnik za treninge iz nenasilne razrade konflikata za rad sa odraslima, Zenica: Dom štampe.
- Watzlawick, Paul/Bavin, Janet H./Jackson, Don D.*, 9.Auflage 1996: Menschliche Kommunikation: Formen, Störungen, Paradoxien, Bern: Verlag Hans Huber.

Liste unveröffentlichter Quellen

- Einladungsbriefe für Studierende in Jahren 2002 und 2003
 E-Mail-Korrespondenz mit Kongressteilnehmern in Jahren 2002 und 2003
 Fischer-Appelt, Peter, 2002: Europas Zukunft auf dem Balkan. Vortrag auf dem Hamburger Kongress „Studenten bauen Brücken“ am 09. Mai 2002

Fragebögen zum Kongress „Studenten bauen Brücken“
Grußwort des Universitätspräsidenten Dr. Dr. h.c. Jürgen Lühje zur Eröffnung des Kongresses „Studenten bauen Brücken“, vom 09. 05.2002
Grußwort von Leif H. Sjöström (Generalkonsul des Königreichs Schweden), vom 09.05.2002
Kongresskonzept von 2002 und 2003
Kongressmappen von 2002 und 2003
Protokolle der Sitzungen der Gesprächsgruppe zwischen dem 19.09.1999 und 2001
Protokolle der Sitzungen des Kongressteams von 2001 bis 2003
Vortrag „Chancen und Perspektiven der Friedenskonsolidierung in Südosteuropa“ von Hans Koschnick, gehalten am 10.05.2003 im Rahmen des Kongresses „Studenten bauen Brücken“.

The Role of the EU in the Peace-Building Process in Bosnia and Herzegovina

Case of the Stability Pact

Contents

1. Introduction	64
1.1 Initial position: Outline of the problem	64
1.2 Some details concerning the Stability Pact	65
1.3 Structure of the paper	66
2. B&H View of the Stability Pact for South Eastern Europe: Inner Perception	66
2.1 The expectations of the B&H government and population of the Stability Pact for South Eastern Europe	66
2.2 Aim of B&H politics within the Stability Pact for South Eastern Europe	68
2.3 Summary	71
3. EU View of the Stability Pact for South Eastern Europe: Outer Perception	71
3.1 Activities within the Stability Pact on concrete projects	72
3.2 Aim of EU politics within the Stability Pact for South Eastern Europe	76
3.3 Summary	77
4. The Influence of the Stability Pact on the Peace-Building Process	78
4.1 What has the EU achieved up until now?	78
4.2 Difference between the achieved and expected	83
4.3 How can local and regional actors improve the peace-building process?	84
4.4 What should the EU do in the future regarding B&H?	85
4.5 Summary	86
5. Conclusion	87
Index of Sources and Bibliography	89

1. Introduction

1.1 Initial position: Outline of the problem

At the beginning of this paper, some facts pertaining to the Balkan Stabilization Pact will be pointed out.

B&H is not the only country in the region whose territory suffered under a war. During 1991, war took place in the neighbouring country of Croatia. After the wars in Croatia and B&H had ended, a war also started on the territory of the former SR Yugoslavia (1998), in particular in Kosovo. After this conflict, war also broke out on the territory of the Former Yugoslav Republic of Macedonia. The whole range of the wars that occurred in the area of the former Yugoslavia caused a significant destabilization of the region (compare with Dimitrijevic 2000:17-19). The international community relied on UN missions, which were not able to take control over the situation, since they had not received the necessary mandate (compare with Pajic 2001:30). Immediately after the war in B&H, ideas on how to reach solutions on the regional level came about, however, the politicians (domestic and foreign) were not willing to implement these ideas. With the passing of time, it became clear that without a solution on the regional level, none of the envisaged objectives could be achieved (compare with Cowgill and Stability Pact 2003).

EU member countries found their answer in the Maastricht Treaty [in Perspective], the Madrid Conference from 1995, a Report of the Council from 11/12 December 1998, the Opinion of the Monetary Committee from 12 October 1998 and several resolutions and finally started implementing the idea of the Stability Pact (compare with Cowgill).

The idea of the Stability Pact for South Eastern Europe represents a solution for the region on the basis of an overall, long-term conflict prevention strategy. The Pact was accepted by the countries from the South-Eastern European region, members who supported the Pact and the initiator itself, the European Union, in Cologne, Germany on 10 June 1999. The inauguration of the Pact took place in Sarajevo, B&H on 30 July 1999. The Stabilization Pact is essentially a political incentive that should encourage and strengthen co-operation between the countries in the Southern European region and between the latter and neighboring countries outside the region, EU member countries and countries applying for EU membership. One of the envisaged objectives of the Stability Pact was to assist the countries in the South-

Eastern European region in their economic and political integration into the European Union (compare with Stability Pact 2003).

1.2 Some details concerning the Stability Pact

The following quotes emphasize several basic points regarding the Pact.

“The idea of the Stability Pact arose in late 1998 and thus predates the Kosovo war. The NATO intervention acted as a catalyst in strengthening international political will for coordinated and preventive action in the region” (Stability Pact 2003).

“The Stability Pact is the first serious attempt by the international community to replace the previous, reactive crisis intervention policy in South-Eastern Europe with a comprehensive, long-term conflict prevention strategy” (Stability Pact 2003).

“The Pact is a political initiative to encourage and strengthen co-operation between the countries of South-Eastern Europe as well as to streamline existing efforts to assist South-Eastern Europe’s political, economic and security integration in Europe”(Stability Pact 2003)

“Organisationally, the Stability Pact relies on the Special Co-ordinator...His most important task is to bring the participants’ political strategies in line with one another, to co-ordinate existing and new initiatives in the region and, thereby, to help avoid unnecessary overlapping of the work. The headquarters of the Special Co-ordinator and his office are in Brussels” (Stability Pact 2003).

The Special Co-ordinator chairs the most important political instrument of the Stability Pact, the Regional Table. There are three Working Tables, which operate under the Regional Table:

1. Working Table I: Democratization and Human Rights;
2. Working Table II: Economic Reconstruction, Co-operation and Development;
3. Working Table III: Security Issues (with two Sub-Tables: Security and Defense, and Justice and Home Affairs) (Stability Pact 2003).

1.3 Structure of the paper

The contents of the second Chapter (B&H view of the Stability Pact for South Eastern Europe: Inner Perception) include the public attitudes of the B&H magistrates towards the Pact, a public policy of the country towards the Pact and a critical reference from the document of the Open Society Fund Bosnia and Herzegovina. The contents of the third Chapter (EU expectations from the Stability Pact for South Eastern Europe) include attitudes of the European magistrates and the Pact functionaries regarding the contents and the original intentions through the implementation of the Stability Pact. The contents of the fourth Chapter (Stability Pact's influence on the Peace Building Process) include the achievements of the EU in the region of South-Eastern Europe, the expectations of B&H and other countries in the region, the influence of regional actors on the events in B&H and what needs to be done by the EU to create a better future for B&H.

2. B&H View of the Stability Pact for South Eastern Europe: Inner Perception

2.1 The expectations of the B&H government and population of the Stability Pact for South Eastern Europe

In the following, the different existing opinions on the International Community, the Stability Pact and the overall situation in B&H will be shown. These opinions are structured according to the national structure in B&H and they reflect the current state of affairs.

Nedžad Hadzimusic, Ambassador in the Ministry of External Affairs B&H, answered questions in an interview for the independent magazine BH DANI from Sarajevo (compare with BH DANI 1999a) regarding the Stability Pact; he presented the following attitudes. The project is "the most significant issue for B&H region from the time of the Second World War and later" (BH DANI 1999a). According to Hadzimusic, the global objective of the Pact is to decrease and overcome barriers and differences between the Balkans and the rest of Europe. He claims that the issue does not only refer to something created solely for the "user countries" (BH DANI 1999a); however, these are expected to acquire an active role in the implementation process of the Stability Pact. The implementation of the Pact will be valued through the construction of a legal state, the creation of an open market, true respect of human rights and building of good relations with the neighboring

countries (compare with BH DANI 1999a). Hadzimusic also agreed with the assessment that “this is the first overall strategic attempt made by the West for stabilization of Balkan”. Hadzimusic considers the leadership role of the EU within the Pact as basically already having a well-developed strategy.

The Co-president of the Council of Ministers B&H, Haris Silajdzic, stated that the Stability Pact in South Eastern Europe represents a significant step in the process of balance and stability establishment in the region (compare with BH press 1999a). The Minister of External Affairs B&H, Jadranko Prlic, expressed the wish to sign the Stability Pact as a step for regional countries to enter “into the world of democratic countries” (BH press 1999a). President of Liberal Social Party (LSP), Hidajet Repovac, believes that implementing the Stability Pact will not be successful if it is conducted by the “national tops” (BH press 1999a) from the countries of Former Yugoslavia. He considers that, in order to build permanent peace, a “protectorate in the Balkans” (BH press 1999a) is necessary.

All three members of the B&H Presidency Office turned to the public on 29 July 1999 and expressed their considerations of the Pact in their speeches (BH press 1999b). Alija Izetbegović spoke first. After a few words of welcome, he shared his thoughts with the audience that Europe cannot enjoy peace and well-being if a part of it is afflicted by conflicts. He also stated that the effect of the project may be seen in three directions:

1. The Pact will encourage the countries of the region in transition in their efforts to strengthen democratic processes and transgress to market economy;
2. the Pact will contribute to the economic recovery of the region; and
3. the Pact will enable the inclusion of the countries in the region into the European Union and will prevent further divisions within the region.

He also states that the problems in B&H could be resolved solely through the Pact. According to him, a concrete example is the return of refugees and displaced persons to their homes, since it requires a regional approach.²⁵ He

25 Problems of refugees and displaced persons in B&H become even more difficult due to the fact that there are approximately 40,000 Serb refugees from Croatia dwelling in the houses of Bosnians and Croats who fled from RS, mainly from the places around Banja Luka.

points out the B&H interest in decreasing military potentials in the whole region and the building of regional mechanisms to protect the rights of minorities. Throughout the process, he expects support from all the countries and highlights the willingness of B&H to completely take over its share of the responsibility (compare with BH press 1999b).

Ante Jelavic, the President of Presidency B&H, stated that in the Stability Pact he saw a “historical opportunity” (SLOBODNA DALMACIJA 1999) for B&H to join the “world of democratic countries” (SLOBODNA DALMACIJA 1999). Regarding the position of Bosnian Croats in B&H and in the Stability Pact, he considers their being given the same opportunity to enter into the “Euro-Atlantic streams” (SLOBODNA DALMACIJA 1999) as “a factor with equal rights in decentralized B&H” (SLOBODNA DALMACIJA 1999). Ante Jelavic’s opinion represents the attitude of Croatian politicians from the biggest and strongest Croat party in B&H, which is supported by the majority of the population of this nationality. Such an attitude is ambidextrous.

Nikola Poplasen, the acquitted RS president (who has not accepted the High Representative’s decision on the acquittal and therefore has continued performing her function) in an interview for AIM, on 27 July 1999, exposed his opinion on the Stability Pact (compare with AIM 1999b). According to him, the Summit should have “de jure” verified occupation of the South-Eastern Europe region by NATO. On the grounds of its military and economic power, the US should bring other countries to co-operate in this process, i.e. Europe, Japan, Canada, Russia and many other countries. He announced that hopefully resistance would be shown in some of the European countries, and that the resistance would prevent the occupation.

Nikola Poplasen’s attitude clearly shows the negative stance of the majority of the Serbian population in B&H (there is a minor part, that does not agree) toward the activities of the international community. Activities are performed with the aim to resolve conflicts and stop ethnic discrimination.

2.2 Aim of B&H politics within the Stability Pact for South Eastern Europe

The B&H presidency, on its 110th session held on 14 September 2001, issued a document titled “General Directions and Priorities for Implementation of Foreign Policy of Bosnia and Herzegovina” (Ministry of Foreign Affairs of B&H 2001). Part I, titled “Principles of Foreign Policy of Bosnia and Herzegovina” amongst other says: “Bosnia and Herzegovina, sovereign

and internationally recognized state, will co-operate within international, that is global, regional and bilateral frameworks,” (Ministry of Foreign Affairs of B&H 2001). The same part also quotes: “Bosnia and Herzegovina will act in accordance with the undertaken obligations arising from concluded agreements and membership in international organizations and associations.” (Ministry of Foreign Affairs of B&H 2001). Part II titled “Priorities of Foreign Policy of Bosnia and Herzegovina” amongst others states: “Development and achievement of higher quality of regional co-operation within the Stability Pact is to achieve” (Ministry of Foreign Affairs of B&H 2001). Part III says that special attention would be paid to the activities concerning regional and sub-regional co-operation. Keeping in mind the vital interests of B&H, we would insist especially on concrete programs of co-operation within the Central European Initiative (CEI), Southeast European Cooperation Initiative (SECI), South-East European Cooperation Process (SEECP) and within the frame of the initiative and arrangement of the Stability Pact for South Eastern Europe, in the Adriatic-Ionic Initiative and in other regional and sub-regional groupings.” (Ministry of Foreign Affairs of B&H 2001).

Zarko Papić discloses in “The SEE Region and the Stability Pact” (FOD B&H 2001) that the solution to the crisis in the South-Eastern European region is in a new frame – the Stability Pact. In his opinion, this is a late reaction. The war in Kosovo accelerated the Stability Pact establishment process. This war confirmed B&H experiences, and the Pact also arrived too late in Kosovo. Accordingly, member countries within the Stability Pact are obliged to co-operate in the context of the following:

- Preventing and putting an end to tensions and crises;
- Bringing about true democratic political processes, based on free and fair elections, rule of law, and full respect for human rights and fundamental freedoms;
- Creating peaceful, good-neighbor relations in the region through confidence-building and reconciliation mechanisms;
- Preserving the multinational and multiethnic diversity of countries in the region, and protecting the minorities;
- Creating forward-looking market economies based on sound macro-economic policies, markets open to greatly expanded foreign trade and private sector investment, effective and transparent customs and commercial/regulatory regimes;
- Fostering economic co-operation in the region and between the region and the rest of Europe and the world, including free trade areas;

- Promoting unimpeded contact among citizens;
- Combating organized crime, corruption and terrorism and all criminal and illegal activities;
- Preventing forced population displacement caused by war, persecution and civil strife as well as migration generated by poverty;
- Ensuring the safe and free return of all refugees and displaced persons to their homes;
- Creating the conditions, for countries of SEE, for full integration into political, economic and security structures of their choice (Papic 2001:25).

Integration of the region and free trade advocated within the Pact represents the real interest of B&H, not only because of its export-oriented economy, but also because the integration within the region would result in B&H economic integration. Such an internal integration of B&H would lead to a uniform economic policy for B&H and would generate a uniform economic system as well (compare with Papic 2001:26).

Papic discloses (2001:28) the analysis of regional problems and compares Kosovo and B&H, and the activities of the Stability Pact. According to him, the international community used the same strategy in Kosovo that was used in B&H and has therefore repeated the same mistakes that were made in B&H. Papic discloses (2001:28) five mistakes made in B&H which have been repeated in Kosovo as well:

- Local population is the strongest driver of changes and the international community marginalizes this fact;
- Sufficient quantities of resources are needed for the implementation of the prioritized aims advocated by the international community; these were not available. Papic says that if democratization and human rights are the main justification for war, it is not understandable why the OSCE budget amounts to three million US\$, which is an amount several times less than the costs caused by war;
- "Words are not being matched with actions carried out by the donor States" (Papic 2001:28);
- the difference between democracy development and election organization is not accepted, however, a justification for the setback in the democratization process is being sought in the elections where only apparent democracy is present;
- there are differences between the standards of the international policies, i.e. international organizations have not co-ordinated their work

in the field and therefore their approaches and policies are inefficient for creating solutions to problems.

2.3 Summary

B&H's perception of the Stability Pact is that it is not uniform and differs depending on the interests of the political establishments of the three biggest national groups in the country.

In general, in the B&H implementation of the Stability Pact, its ideas and aims come from the political leadership of Bosnians. In the Stability Pact, they see a new chance to implement what was not achieved through the Dayton Peace Agreement.

The political leadership of the Bosnian Croats attempted to conduct a policy created by neighbouring Croatia and sought the creation of a "new Yugoslavia" that apparently did not suit Croats, but the International Community has broken this resistance in both cases.

The political leadership of Bosnian Serbs, backed with strong support in the period of the FR Yugoslavia, saw in the Pact the "danger [of] legalization [by] the region's occupation". Essentially, the issue is a deep conflict in the international community dating back to the Dayton Peace Agreement.

Although criticism has been directed at all parties, indicating that very little co-operation has been achieved and that all parties must increase their efforts, the arrival of democratic forces to B&H, Croatia and Serbia and Montenegro changed the situation for the better and made the implementation of the Stability Pact possible.

3. EU View of the Stability Pact for South Eastern Europe: Outer Perception

The contents of this Chapter focus on the EU intentions towards the South-Eastern European region and also concrete actions, which the EU undertook to offer financial and other kinds of support to the projects within the Stability Pact.

3.1 Activities within the Stability Pact on concrete projects

Here, the activities undertaken within the framework of the Stability Pact in the concrete projects in B&H will be described. Working Tables of the Pact's structure of activities, and the description of these activities include concrete data, as well as the projects' intentions.

The EU appointed a special Co-ordinator of the Stability Pact for South Eastern Europe upon the consultations made with the OSCE and other participants. The co-ordinator chairs the Regional Table and is responsible for "promoting the Stability Pact's objectives, maintaining close contact with all the participants, providing regular progress reports to the OSCE Chair, co-operating closely with all EU institutions, taking part in the high-level steering group for the donor co-ordination process and ensuring co-ordination of the activities of the three Working Tables" (Ehrhart 2000:165). He is also a Special Representative of the EU, and subordinate to the EU Presidency and required to report to the Council (compare with Ehrhart 2000:165).

On 30 March 2000 at the first Funding Conference of the Stability Pact for South Eastern Europe in Brussels, 2.4 billion Euros were raised for a group of projects called Quick Start Package with a total of 244 projects. One year later, 82% of the projects within the Quick Start Package were initiated. This is one of the fastest assistance packages by the international community (compare with Stability Pact 2001).

Ministers and high level officials from 37 countries and 32 international organizations renewed their commitment to long-term economic and social development for South-Eastern Europe at the Regional Conference in Bucharest (25 and 26 October 2001) (compare with Stability Pact 2001).

The activities of the Stability Pact in Bosnia and Herzegovina include projects, which are found in the frame of all three Working Tables (some of the projects are of regional character):

- Working Table I (democratization and human rights) Integrated Refugee Return Programme, 58 projects, about 23 million Euros;
- Working Table II (economic reconstruction, development and co-operation) Infrastructure, 6 projects, about 568 million Euros;

- Working Table III (defense and security and justice and home affairs) Security, 5 project categories, more than 20 million US\$ (compare with Stability Pact 2001)

3.1.1 Working Table I – democracy and human rights: Projects in B&H

- Refugee matters – Regional Return Initiative (B&H, Croatia and FR Yugoslavia (now Serbia and Montenegro) The Government of B&H as a full partner in the “Regional Return Initiative” of the Stability Pact, adopted and supported the development of the “Agenda for Regional Action” (AREA). This agenda brings a reasonable roadmap for the implementation of long-term solutions in the next two years for the remaining one million of refugees and internally displaced persons, 700,000 of them being Bosnians. A strengthened bilateral regional co-operation between B&H, Croatia and FR Yugoslavia (Serbia and Mote Negro) will facilitate the achievement of these ambitious goals.

- Media

B&H is one of the beneficiaries within the 8 media projects, with a total amount of approximately 7.5 million Euros;

- Education and Youth

B&H is one of the beneficiaries within 31 education and youth projects with the total amount of approximately 6.6 million Euros;

- Human rights and Minorities

B&H is one of the beneficiaries within 8 projects with a total amount of approximately 3.18 million Euros;

- Parliamentary Co-operation

All of the four projects on parliamentary co-operation involve B&H with a total amount of approximately 3.5 million Euros;

- Gender

B&H is one of the beneficiaries within 3 projects with a total amount of approximately 1.1 million Euros;

- Local Democracy

B&H is one of the beneficiaries within 4 local government projects with a total amount of approximately 0.8 million Euros (compare with Stability Pact 2001).

3.1.2 Working Table II – Economic reconstruction, development and co-operation: Projects in B&H

- Economic reforms and business development

Sava River: B&H, Croatia, the Slovenia and Yugoslavia on 29 November 2001 signed the establishment of the Sava River Commission and the elaboration of an international treaty for the joint management of the Sava River (by summer 2002). This initiative is co-chaired by B&H and the Stability Pact.

Trade Insurance: Regional project, B&H, Albania, Macedonia. Two projects in trade insurance in B&H political risk insurance supporting B&H exporters. Total amount of about 55 million Euros.

IFC Balkan Enterprise Facility: Regional project, B&H & Albania, Kosovo, Macedonia. With the establishment of headquarter facilities in Sarajevo in September 2000, the program's work started: Program support development of SMEs, and support in the dissemination of knowledge information relevant to the private sector. Total amount of about 23.4 million Euros.

Micro Enterprise Banks: Regional project, B&H, Albania, Bulgaria, Kosovo, Macedonia and Romania. Such a bank is successfully operating in B&H. Total amount about 42.5 million Euros.

Trade Liberalization and Facilitation: B&H, Albania, Bulgaria, Croatia, Macedonia, Romania and FR Yugoslavia signed the Memorandum of Understanding on Trade Liberalization and Facilitation on 27 June 2001. The main objective of the Memorandum is to establish a complete network of Free Trade Agreements in the South-Eastern European region by the end of 2002.

- Infrastructure

Roads Section of Corridor Vc,

Bridge Reconstruction,

3. Electric Power Reconstruction Project,

Main roads and bridges rehabilitation,

Railways recovery project,

3. Electric Power Transmission (compare with Stability Pact 2001).

3.1.3 Working Table III – defence and security and justice and home affairs: Projects in B&H

- Sub-table on defence and security

Retraining of Redundant Military Personnel:

The aim of this Stability Pact project is the integration of military personnel who have become redundant as a result of the defence reform in B&H. The World Bank is a principal contributor to this project, with co-financing from Italy, Netherlands and Norway. Through this project, 680 ex-soldiers have been placed in jobs, and 76 firms have been awarded contracts for training and employing these soldiers. The cost of the project is 20.47 million US\$, of which the World Bank is carrying 15 million US\$.

- Deserter Prevention and Preparedness Initiative:

In Geneva on 26 and 27 June 2001, the Disaster Prevention and Preparedness Initiative held a workshop on the basis of a "Regional Report" that had been prepared following 12 country visits. B&H took actively part in this workshop and was exemplary in taking charge in two of the priority areas from the workshop. Other regional countries followed the example of B&H in sharing lead responsibilities between themselves.

- Mine Action:

In Sarajevo in May 2000, the first meeting for the initiative took place. A permanent danger to people is anti-personnel mines. They represent a serious obstacle to refugee return and economic progress in various countries of the region. The Stability Pact therefore seeks to develop an integrated humanitarian de-mining strategy in the region. Accordingly, we aim to build on top of the work already under way in B&H, as well as in other countries.

- Sub-table on justice and home affairs

Fight against criminal activities:

The regional initiative, which involves B&H, is the Anti-Corruption Initiative. This initiative started with discussions among donors back in autumn 2000. The total cost of the project is 1.77 million Euros with funding from Finland, France, Germany, Greece, Norway, Slovenia, Sweden, Switzerland and USA.

- Judiciary, Police and Border Police:

The first project provides technical assistance and training/education on legislative and judicial reforms. Civil servants from the Ministry of Justice will

be direct beneficiaries. It is funded by Germany for a total of 0.2 million Euro. This project is underway in co-ordination with the Council of Europe.

The second project Multinational Police Training, provides training on criminal police and an anti-drug task force in B&H. It is funded by Germany for a total 1.3 million Euro. It also concerns border police in B&H and a standby police force and border police in Croatia (compare with Stability Pact 2001)

3.2 Aim of EU politics within the Stability Pact for South Eastern Europe

The statements given by representatives of the EU and researchers regarding EU policies within the Stability Pact for South Eastern Europe will be presented here.

In an interview given for the independent Sarajevo magazine BH DANI, Erhard Busek (the then co-ordinator of SECI initiative) speaks of the Stability Pact (BH DANI 1999b). The actual content of the Stability Pact, according to Busek, is comprised of a regional approach, wherein South Eastern Europe will be recognized as a part of Europe and become part of European integration (compare with BH DANI 1999b).

Busek asserts the difference regarding the EU and the US in terms of the Stability Pact, but he also claims that the pact will have a different impact on them. The EU wants the Stability Pact for South Eastern Europe to be a part of Europe. For the sake of maintaining neighbourly relations, conflicts or war in the region are not beneficial; this includes migration and other problems. The US sees Eastern Europe through the prism of safety, which is tied to other parts of the world (compare with BH DANI 1999b).

Bodo Hombach, the first special co-ordinator for the Stability Pact for South Eastern Europe, turned to participants and made known the following conclusions regarding the pact (compare with BH press 1999b) at the Summit held in Sarajevo (29 July 1999). He views the Stability Pact as representing a unique opportunity for permanent safety, well-being and democracy. Regional co-operation represents a condition for the inclusion of countries into Euro-Atlantic integration and institutions (compare with BH press 1999b).

Bodo Hombach, in his speech from October 1999, disclosed the origin and approach of the Stability Pact (compare with EMINS 1999). According to

him, conflicts in South Eastern Europe have too often become violent conflicts or even developed into wars in Europe.

Hombach claims that the EU has developed a policy of realistic steps aiming to expand the union to the countries in the South-Eastern European region. He states that the countries from this region must have the possibility to approach this aim "step by step every day" (EMINS 1999). He points out that peace and stability require economic recovery, but economic recovery, in turn, also requires peace and stability. The Stability Pact focuses on democracy, civil society promotion, economic development and issues of internal and external safety and a perspective for integration into the Euro-Atlantic structures (compare with EMINS 1999).

The Stability Pact approach, according to Hombach, uses the most successful concepts of European post-war history. These concepts envisage the integration of Europe into the EU and the Helsinki process, which has surpassed the division of Europe. Hombach says that there is no better instrument available.

3.3 Summary

In contrast to B&H, the EU does not have adversaries of the idea of the Stability Pact, because the Union itself has initiated the Pact. The Stability Pact is a political incentive based on a regional approach to problems, and relays to the EU experiences in integration to create solutions to the problems, which have occurred in the South-Eastern European region. The Pact is headed by a Special Co-ordinator of the Stability Pact, who chairs the Regional Table, and there are three Working Tables which act in the following various areas: democratization, economy and security.

EU interests in the South-Eastern European region are clear, unambiguous and do not include negative intentions. This means:

- It is in the interest of the EU to prevent conflicts and destructive wars in the South-Eastern European territory, since they afflict countries in the region and in the Union as well;
- It is in the interest of the EU to allow for a democratically developed, economically prosperous, safe and reliable South- Eastern European region, since it can only become stable through these means;
- It is in the interest of the EU to integrate the South-Eastern European countries into the Union, since the region is a part of Europe.

The EU intends to prevent a generation of new conflicts in the region and to stabilize the region through a long-term preventive strategy. Efforts made to achieve this, through the financing of projects of the Stability Pact, should:

- strengthen co-operation between the countries in the region and accordingly ensure their mutual confidence,
- help countries in the region to develop democracy, economy and safety and
- integrate the region into a compact whole.

4. The Influence of the Stability Pact on the Peace-Building Process

This chapter is focused on the impact of the Stability Pact on the peace-building process in B&H. It includes three parts, whose content deals with what was achieved up-to-date in the frame of the projects under the Stability Pact, what was expected and how the regional agents are able to assist and improve the peace-building process. In the fourth chapter proposals on what should be done by the EU to improve the conditions in B&H are presented.

4.1 What has the EU achieved up until now?

4.1.1 Working Table I: Promoting democracy and human rights

- Finding Durable Solutions for Refugees and Displaced Persons

Croatia, B&H and Yugoslavia agreed to jointly resolve the issues of more than 1.2 million refugees and displaced persons under the programs of the Stability Pact. During the year 2001, the progress, which was made in the region, gives reason to believe in the implementation of durable solutions till the end of 2004 if success continues in this amount. There are still many problems, for example, the cumbersome administrative procedures, insufficient resources and political obstruction.

- Promoting Human and National Minority Rights

The Human Rights and National Minorities Task forces adopted a Framework Programme of Action, in March 2000. Major achievements of this Task Force are:

- Countries have undertaken a review of their laws, policies and practice with the aim of removing all discriminatory aspects;

- Regional strategy for promotion of the status of the Roma population has been developed, focusing on the most acute crisis situations affecting the Roma;
- Promoting the values of a multi-ethnic society has been launched as a common initiative in the countries in the region;
- Human Rights Centres have been established in the former Yugoslav republic's universities, with the aim of working out human rights education activities;
- Dialog and co-operation within the civil society have been promoted with the aim of playing an active role in improving interethnic relations;
- Systematic efforts have been undertaken to enhance analytical skills and regional monitoring of human rights organizations in the region.

- Enhancing the Free and Democratic Media

The Strategy for Media was adopted in October 2001 and implemented by the Media Task Force and National Working Groups of the Stability Pact. The focus of this strategy is in areas such as legislation, training, public broadcasting and networks of private outlets or associations.

- Modernizing and Reforming Education

The Education and Youth Task Force deals with six priority areas for educational reform: policy development and system improvement, higher education, vocational education and training, youth programs, education for democratic citizenship and management of diversity, history and teaching history. Major achievements are:

- New strategy of the Task Force called "Strategic Framework and Priorities for Action" based on the OECD Thematic Reviews of the education systems of Albania, B&H, Croatia, FR Yugoslavia, FYR Macedonia and Romania in May 2001;
- Inclusion of education in the new EU program for the Western Balkans (CARDS);
- Establishment of the online Educational Co-operation Network in February 2001, providing key documents on education reform in the languages of the region;
- A feasibility study for the Southeast European Educational Co-operation Centre, which has identified a clear need for an instrument of regional co-operation in education;
- An International Conference on "New modern technologies and their impact on education and training systems in SEE" in December 2000,

which examined existing and potential modern technologies' investments and their impact on education and training.

- Promoting Gender Equality

Thanks to activities of the Gender Task Force the issue of gender equality has become a part of mainstream political agendas in all countries within the Stability Pact. For the first time, gender equality mechanisms were established in B&H, Bulgaria and Serbia/Vojvodina. The percentage of women elected into national parliaments has increased, as well as the percentage of women appointed to highest executive positions, where the current regional average percentage of women MP's is 11% and rising.

- Promoting Parliamentary Co-operation

The creation of Parliamentary Troika, composed of the European Parliament and the Parliamentary Assemblies of the Council of Europe and the OSCE in June 2001, strengthens the activities of the parliamentary dimension of the Stability Pact. Key issues such as the rule of law, economic reconstruction, the fight against organized crime, refugee return, human trafficking and the creation of a favorable investment climate are included in discussions on a regional and international level.

- Enhancing Good Governance

In order to reinforce the effectiveness but also the transparency and respect toward administrations and local government structures, the Stability Pact assists in the evolution of the administrative culture in the region. Ombudsman institutions have become operational in the Republic of Srpska and in Kosovo, and will now become operational in Bulgaria and FR Yugoslavia (compare with Stability Pact 2001).

4.1.2 Working Table II: Fostering economic reconstruction, development and co-operation

- Developing a Regional Strategy for Infrastructure

High importance has been given to the speedy and effective implementation of infrastructure projects. Since the creation of the Stability Pact, 2 sets of projects have been adopted: a set of 35 projects (1.1 bio Euro) at the first Regional Conference in March 2000 and a second set of 27 projects (2.4 billion Euros) at the second Regional Conference in October 2001 in Bucharest. The Steering Group will meet three to four times a year to select new projects and review strategies.

- Liberalizing and Facilitating Trade

The Memorandum of Understanding for liberalizing trade and lowering tariff barriers provides for the establishment of a complete network of bilateral Free Trade Agreements for SEE. The implementation of this memorandum will enlarge the regional market size (to 55 million consumers), and create better conditions for private investments and economic growth. This is progress with regard to the integration of SEE countries into EU structures.

- Improving the Investment Climate: The investment Compact

The Investment Compact sets out a number of commitments for policy reform which need to be implemented by countries in the SEE region in order to create a robust and sustainable market economy and to encourage increasing local and foreign direct investments. Progress is being made with taking action on policy reform, but it is still unevenly distributed in the different countries of the region.

- Advising the Business Community

The Business Advisory Council, an independent advisory body constituted of about 25 high-level business representatives from the region and from major donor countries, were established in January 2000. Within the framework of the BAC, clubs of foreign investors have been promoted in all countries in the region with the aim of reinforcing the voice of investors toward their governments, and the BAC has facilitated relations between clubs in the region.

- Programs for Private Sector Development (PSD)

The Stability Pact has supported the program to create a vibrant private sector exchanging goods and investing freely across borders (developed by EBRD). There are two types of programs: the promotion of Cross Border Trade and Investment and regional coverage of SME Support. 10 specific Regional Initiatives have been selected and they have attracted more than 400 million Euros. Well-defined initiatives are already having an impact on the ground.

4.1.3 Working Table III: Fostering security sector reform

- Reforming the Military

All countries in the SEE region have taken steps to downsize their militaries, under the guidance and assistance of NATO. The Stability Pact has supported the program by NATO and the World Bank to assist in the reintegration of demobilized military personnel in Bulgaria and Romania. The

Pact also supported B&H in its aim to reduce the Armed Forces of the Federation by 15% and to find financial support for the reintegration of dismissed military personnel into the private sector. Similar programs are developing in Albania and Croatia.

- Fighting the Proliferation of Small Arms and Light Weapons

The Stability Pact has developed a Regional Implementation Plan. Projects developed under the Plan include content from all or some of the following activities: Preventing and combating illicit trafficking, disarmament, demobilization and reintegration, security sector weapons management, transparency and accountability, public awareness, legislative and administrative capacity, collection storage and disposal programs. South-Eastern European governments are to establish a Regional Steering Group to ensure the relevance, consistency and regional ownership of the work of the Clearing House, and donors are to agree to establish a fund of financial resources.

- Arms Control, Non-Proliferation and Military Contacts

The Stability Pact supports the OSCE in its mandate under Articles II, IV and V of the Dayton Peace Agreement, which concerns the overall objective of building confidence and security as well as promoting co-operation and good neighborly relations in the region. The overwhelming success of this sector is reflected in the opening of the Regional Arms Control Verification and Implementation Assistance Centre, in Zagreb on 20 October 2001.

- Improving Humanitarian Mine Action

The Stability Pact seeks to develop an integrated humanitarian de-mining strategy in the region and to provide a stronger regional framework for the provision of funding for mine action projects.

- Fighting organized crime

International experts work on analyses of needs and gaps with the aim of establishing National and Regional Action Plans.

- Fighting Corruption

A general assessment providing analyses of an anti-corruption situation in SEE and proposing targets for reform was prepared by the Anti-Corruption Initiative led agencies and adopted by countries of the region.

- Improving Law and Order Capacities

An expert group met on three occasions to identify the priority areas for action. Many training modules have taken place (i.e. "Trafficking in Human

Beings”) and some of them are in preparation (i.e. “Drug Trafficking”). At a first meeting of Border Guards, the necessity to increase co-operation between border services and to develop a joint regional action plan was concluded. At the second meeting (October 2001), the group discussed the need for assessments to be provided by SEE countries, and to elaborate on an action plan with a corresponding budget. Working Table III approved the proposal.

- Capacity-Building in the area of Migration and Asylum

Stability Pact partners agreed (in April 2001) to establish a Partnership Program between EU-countries, other Western European countries, EU-accession countries, other Stability Pact partner-countries and SAP countries on migration and asylum. The Country-Teams have been identified and are responsible for the assessments, planning, implementation and evaluation of activities. The MAI Support Unit was opened in Vienna on 22 October 2001.

- Preventing the Trafficking of Human Beings

The Task Force on Trafficking in Human Beings focused on the prevention of human trafficking, the prosecution of the traffickers and assistance to the victims. The Regional Ministry agreed (on 27 November 2001, Zagreb) on the development of Regional Information Exchange Mechanisms Concerning Trafficking in Human Beings in SEE.

- Fighting Terrorism

At the margins of the Regional Conference in Bucharest, on 26 October 2001, countries in SEE published a “Declaration on the contribution of the countries of South Eastern Europe to the international fight against terrorism”. The declarations provide for an ad hoc working group in the context of Working Table III (compare with Stability Pact 2001).

4.2 Difference between the achieved and expected

Pajic claims (2001:31) that the progress-building of B&H as a non-discriminatory, multi-ethnic, democratic and prosperous country has been running too slowly and is often disappointing. Bodo Hombach agreed and expressed his dismay regarding the non-implementation of the project as he considered that both the Yugoslav government and European governments defray 50% of the guilt (compare with Balkan-info com 2001). Erhard Busek stated for “Die Presse” that in the whole region there are complaints

on the slow implementation of the Stability Pact (compare with Mediaklub 2000).

Busek claims that it was only at the first donor conference, where the world financial organizations such as the World Bank and European Investment Bank made agreements (compare with Mediaklub 2001).

4.3 How can local and regional actors improve the peace building process?

There are two different interpretations of the agreement: The first and the positive one applies the agreement provisions as a basis to achieve the utmost goal; in this understanding of the agreement, B&H is to be established as a uniform country and internally structured in accordance with the constitution. This interpretation supports the work of common institutions, the implementation of international standards on human rights and the development of civil society. The second one is negative: in this rendering, applying the agreement provisions is thought of as creating a further division of the country along ethnic lines. This interpretation supports the work of the institutions established on ethnic principles in all spheres of life and limits civil cohesion of society as a whole (compare with Pajic 2001:30).

As the Dayton Peace Agreement was created under stressful conditions and was rather broadly formulated, it is open to different interpretations. The manner and level of its implementation in B&H has not fulfilled the expectations of those who support B&H as a uniform country founded on democratic principles.

The Stability Pact was also produced under challenging conditions, without all the representatives from the region and under the influence of the crisis in Kosovo. Pajic's standpoint on the favorable influence of neighboring countries democratization on B&H leads to the two following conclusions:

1. The main regional actors for the success of the peace-building process in B&H are Croatia and FR Yugoslavia;
2. These two countries influenced local actors in B&H who were obstructing the implementation of the Dayton Peace Agreement and the Stability Pact.

The fact that in the time of the Peace Agreement and the Pact's ratification Croatia and FR Yugoslavia were headed by the same people, Tudjman and

Milosevic, leads to the conclusion that the actors neither wanted to implement the first one, nor the second. Therefore, democratic changes which occurred in the neighbouring countries became the way to improve the peace-building process in B&H. This increased the level of co-operation and possibilities to implement the Peace Agreement and the Pact.

4.4 What should the EU do in the future regarding B&H?

In “The Role of Institutions in Peace Building” Zoran Pajic states that the International Community programs must precisely determine “engagement rules” (2001:40) and that they should be “coherent and transparent” as well (2001:40). The B&H government does not feel too much of a responsibility towards successful governing over the state. This is due to the over-involvement of the international community. The international community members have expressed that the government in B&H should take over the responsibilities of management in the peace-building process, as well as the political management of the country in order to finally achieve peace in the country.

- *“The political system”* (Pajic 2001:41)

is characterized by permanent tensions between the representatives of the parties and the three leading national groups. Thus, this blocks the decision making process. The result is an inefficient system, which does not bring peace to B&H, nor confidence to the people.

- *“The legal system”* (Pajic 2001:41)

is inefficient and complex. Laws are often inconsistent and contradictory, and the legislation is divided into too many governmental levels. This afflicts the principle of equity of all the people and judicial personnel in front of the law and also creates doubts towards the correctness of judicial personnel.

- *“The court system and the web of public administration organs”* (Pajic 2001:41)

consists of tyrannical relationships between them and those who come into contact with them. Political parties have a crucial influence on the financing of the judicature and the appointment of officials. The concepts of “public service” and “public servant” are practically unknown in B&H.

- *“The process of return of refugees and displaced people”* (Pajic 2001:42) is a source of frustration originating from the ratification of the Dayton Peace Agreement. Slow implementation of the process compromises the international community and supports a policy of ethnic character.

Pajic’s proposals on what should be done by the foreign forces also refers to the EU and can be presented as follows:

- There is a need for more clear terms of involvement for foreign forces, and the involvement should be coherent and transparent;
- It is necessary to introduce procedures that will enable the practical implementation of the decisions made;
- It is necessary to support the establishment and work of common institutions in B&H, and find people in this country, who really support the work of these institutions in order to make the success real and long-lasting;
- It is necessary to end the practice of discrimination of experts from the region and accept them as equal colleagues;
- It is required that we leave the management of the country up to the B&H Government, and, at the same time, the government also needs to take responsibility for this.

Tarik Jusic, in his work *“Media Policies and the settlement of Ethnic Conflicts”*, draws the conclusion: *“The international community has to use all of its powers, including force, if such policies are to be successful. Violations of the regulations have to be rigorously punished. Extremists will only comply with the agreements if costs of non-compliance are higher than costs of compliance.”*

4.5 Summary

The results achieved through the implementation of the projects under the Pact show that significant progress has been reached and that further work should continue. Obstacles exist, but the work can be improved if these are removed. The problems may be set into three groups:

- Problems in the work of partners in the country:
Negligence and absence of real intentions to realize what was agreed upon;
- Problems in the work of international institutions:
Tediousness, insufficient experience of personnel, overlapping of work;
- Problems in the implementation of decisions made:

There is no clear procedure for drawing the accountability of those who should implement the decisions.

Solutions to these problems vary. They can be placed into three groups:

- Appropriate choice and work with partners in the country:

Such solutions can be based on the need for those who practically implement a decision to really want it;

- Accuracy in the work of international partners:

These solutions require more precise terms of involvement for international organizations;

- Use of lasting resources to implement decisions:

This means use of force, prevention of public functions, renewal, etc.

5. Conclusion

Many problems in B&H are created by non-implementation of the decisions made in the Peace Agreement. Lack of peace and other conflicts in the region do not suit the interest of the EU member countries. Problems in B&H are deeply tied to the neighboring countries, Croatia, Serbia and Montenegro, and also to the division policy that disables the implementation of the provisions set forth by the Dayton Peace Agreement. The EU role upon the ratification of the Dayton Peace Agreement was not insignificant; but after the Stability Pact establishment, the Union received a key role. A multinational society based on democratic principles does not suit nationalist forces, which hide behind the rhetoric of “legitimate representative” and “national interests protection”. The Stability Pact plays a significant role in the peace-building process in B&H in terms of its co-operation with other countries in the region. However, it is necessary to induce proper changes that will strengthen the role of the pact and its implementation, and increase possibilities for co-operation and, with that, arrive at a successful peace-building process. Therefore, the mechanisms for this implementation process in B&H should include internal and external components: internal in the context of sanctions imposed by actors in the country and external in the context of sanctions imposed by actors from other countries in the region and outside the EU.

Changes in the contents of the Pact mean that greater attention is to be paid to the economic aspect with a special focus on foreign investments, establishment of new working places and, in general, the building of a self-sustainable economy in B&H. Economic linkage with other countries in the region will foster economic connections between some parts of B&H. Eco-

conomic links within B&H and the economic interests of citizens will help to marginalize the importance of ethnic principles in the everyday life of the people. This will further create a true return and sustainable subsistence of refugees and internally displaced persons to their pre-war residences. The parallel processes of economic linkage within B&H and with its neighbors in combination with the goal of integration into the EU will produce political stability in the country and in the region as well.

Economic stability and political stability will open possibilities to reach the required international standards, and only then will it be beneficial for the EU, and for B&H as well, to allow equal and full membership of this country to the European Union.

Index of Sources and Bibliography

- AIM*, 1999a (16. July): Kako do stabilnosti u jugoistocnoj Evropi, Retrieved March 21, 2003 from: <http://www.aimpress.org/dyn/pubs/archive/data/199907/90716-004-pubs-sar.htm>
- AIM*, 1999b (27. July): Pakt o stabilnosti verifikuje okupaciju, Interview with Poplasen Nikola, Retrieved March 25, 2003 from: <http://www.aimpress.org/dyn/pubs/archive/data/90727-001-pubs-sar.htm>
- Aolain, Fionnuala Ni*, 2001: The Fractured Soul of the Dayton Peace Agreement : A legal Analysis, in: Sokolovic Dzermal/Bieber, Florian (Eds.), Reconstructing Multiethnic Societies: The Case of Bosnia-Herzegovina, London, Ashgate, P. 63-94.
- Balkan-info com*, 2001: Bodo Hombah: Pokazatelj stabilnosti, Interview with Hombah Bodo, Retrieved March 26, 2003 from: http://www.balkan-info.com/html_text_only2/serbianLatin/011029-GEORGI-014.htm
- BH DANI*, 1999a (11. June): Evropa nam nudi historijsku sansu, Interview with Hadzimusic Nedžad, Retrieved Mart 20, 2003 from: <http://bhdani.com/arhiva/106/inter.htm>
- BH DANI* 1999b (23. July): Bosanci gastarbajteri u Albaniji, Interview with Busek Erhard, Retrieved March 20, 2003 from: <http://bhdani.com/arhiva/112/t125a.htm>
- BH press*, 1999a: Pripreme za samit u junu, Retrieved March 28, 2003 from: <http://www.bihpress.ba/Vijesti/samit/juni.htm> *BH press*, 1999b (29. July): 29. juli-samit, Retrieved April 2, 2003 from: <http://www.bihpress.ba/Vijesti/samit/29.juli.htm>
- Cassidy, Brian*, 1998: EURIM Guide to Decision Making in the European Union after Amsterdam, Retrieved April 7, 2003 from: <http://www.eurim.org/cassidy.htm>
- CIA-Central Intelligence Agency*, 2002: The World Factbook, Retrieved March 30, 2003 from: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/bk.html>
- Cowgill*, Eurotreaties general information, Retrieved March 28, 2003 from: <http://www.eurotreaties.com/emupact.html>
- Dimitrijevic, Nenad (Ed)*, 2000: Managing Multiethnic Local Communities in the Countries of the Former Yugoslavia/Upravljanje multietničkim lokalnim zajednicama u zemljama bivše Jugoslavije, Local Government and Public Service Reform Initiative/Open Society Institute, P. 15-26.

- Ehrhart, Hans-Georg*, 2000: The Stability Pact for South Eastern Europe- Strategic Success or Botched-up Bungle?, in: OSCE Yearbook 2000, Nomos, Baden-Baden, P.163-175.
- Ehrhart, Hans-Georg*, 2003: A good idea, but a rocky road ahead: The EU and the Stability Pact for South Eastern Europe, in: Carment, David/Schnabel, Albrecht (Eds.), Conflict Prevention: Path to Peace or Grand Illusion, The United Nations University, P. 112-132.
- EMINS*, 1999: Bodo Hombah: o Paktu za stabilnost, Retrieved April 3, 2003 from: <http://www.emins.org/Evropap/broj16/4opaktu.htm>
- GLAS JAVNOSTI*, 1999 (27. July): Trojka u "Zetri", Retrieved April 2, 2003 from: <http://arhiva.glas-javnosti.co.yu/arhiva/srpski/arhiva-index.html>
- Goldstein, Joshua S.*, 1994: International Relations, Harper Collins College Publishers, P. 391-425.
- Ibrahimagic, Omer*, 1998: Constitutional Development of Bosnia and Herzegovina/ Drzavno-pravni razvitak Bosne i Hercegovine, Retrieved March 25, 2003 from: <http://vkbi.open.net.ba/B-pristupVKBI.html>
- Jervis, Robert*, 1999: Realism, Neoliberalism, and Cooperation: Understanding the Debate, in: International Security, 1/1999, P.42-63.
- Jusic, Tarik*, 2000: Media Policies and the Settlement of Ethnic Conflicts/Medijska politika i razrjesenje politickih konflikta, in: Dimitrijevic, Nenad (Ed.), Managing Multiethnic Local Communities in the Countries of the Former Yugoslavia/Upravljanje multi-etnickim lokalnim zajednicama u zemljama bivse Jugoslavije, Local Government and Public Service Reform Initiative/Open Society Institute, P. 231-249/251-269.
- Medijaklub*, 2000: Problem je Pakt stabilnosti a ne (samo) Hombah, Retrieved April 4, 2003 from <http://www.medijaklub.cg.yu/zanimljivi/zanimljivi01-00/12-3.htm>
- OSLOBODJENJE*, 2001 (1. June): Ambasadori BiH lobirace kod stranih investitora, Retrieved April 3, 2003 from: <http://www.oslobodjenje.com.ba/asp/frame.asp>
- Pajic, Zoran*, 2001: The Role of Institutions in Peace Building/Uloga institucija u izgradnji mira, Retrived March 20, 2003 from: <http://www.soros.org.ba/dokumenti/ostali/book/006.pdf>(Bosnian) <http://www.soros.org.ba/en/dokumenti/ostali/book/006.pdf> (English)
- Papic, Zarko*, 2001: The SEE Region and Stability Pact/Region jugoistočne Evrope i Pakt stabilnosti, Retrieved March 20, 2003 from: <http://www.soros.org.ba/dokumenti/ostali/book/004.pdf> (Bosnian) <http://www.soros.org.ba/en/dokumenti/ostali/book/004.pdf> (English)

SLOBODNA DALMACIJA, 1999 (4. August): Rad, a ne zveckanje oruzjem, Retrieved April 2, 2003 from: <http://slobodnadalmacija.hr/19990804/novosti2.htm>

Stability Pact, 2003 (March): About Stability Pact, Retrieved April 1, 2003 from: <http://www.stabilitypact.org>

Stability Pact, 2001a (29. November): Press Handout: The Stability Pact and Bosnia and Herzegovina, Retrieved April 5, 2003 from: <http://www.stabilitypact.org>

Stability Pact, 2001b: 2 and a half years of the Stability Pact, Retrieved April 1, 2003 from: <http://www.stabilitypact.org>

Voice of America, 2001 (8. March), Retrieved April,5 2003 from: <http://www.voa.gov/misc/croatia/In030801.html>

Vreme, 1999 (31. July): Pakt za stabilnost jugoistocne Evrope, Retrieved March 23, 2003 from: http://www.vreme.com/arhiva_html/447/9.html

WHO Working Definitions, (No year), Who working definitions, Retrieved March 22, 2003 from: http://www.who.int/disasters/hbp/working_definitions.html

Academic Network Southeast Europe – Concept of the Network

The project “Academic Network Southeast Europe” was taken up in 2002 on Prof Dr Dr Dieter S. Lutz’s initiative, the former director of the Institute for Peace Research and Security Policy (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg – IFSH). The aims of the project are particularly a deepened debate of young elites from southeast European states on issues relevant to policy of peace, the support of a scholarly and academic exchange, and the development of a lasting scholarly and student cooperation between the rising generation of academics in southeast Europe and in Diaspora respectively, academic partner institutions in southeast Europe and the Institute for Peace Research and Security Policy, and those institutions of peace research of the Federal Republic of Germany that take part in the Cooperation Association Peace Research and Security Policy (Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik).

The postgraduate Master programme “Peace Research and Security Policy” (M.P.S.), supported by the Cooperation Association, is an integral component of this project, as it can be attended by students from southeast Europe.

The German Academic Exchange Service (Deutscher Akademischer Austauschdienst – DAAD) generously supports this project with funds of the special programme “Stability Pact Southeast Europe” (Stabilitätspakt Südosteuropa). Amongst other things, scholarships are provided for M.P.S. students from the region, as well as funds for holding workshops.

For the network project, an international board of trustees has been set up, whose members currently are Dr Helmut Blumbach (head of the DAAD subdepartment Eastern Europe/Former Soviet Union), Prof Dr Dan Bar-On (professor of psychology at the Ben-Gurion-University, Beer-Sheva, and co-director of the “Peace Research Institute in the Middle East” (Prime)), honorary doctor Hans Koschnick (former EU administrator in Mostar and Balkans representative of the German Federal Government), and Colonel ret. Bernd Papenkort (founding director of the Multilateral Academy in Sarajevo).

Prof Dr Dr Hans-Joachim Gießmann, deputy academic director of the IFSH, is responsible for the project. The network’s coordinator is Dr Patricia Schneider, researcher at the IFSH.

The “Academic Network Southeast Europe” supports the conceptual development of peaceful and constructive conflict resolution by the academic contributions of students of the Master programme “Peace Research and

Security Policy” as well as of students from and in the region, without paying regards to the contributors’ ethnic and national origin. In addition, a closer and, above all, project-related cooperation between academic institutions of peace research and security policy of the Federal Republic of Germany and southeast Europe is striven for within the context of the network. Methods, programmes, and results of the workshops and the academic research are discussed in public and published, also in the Internet (www.academicnetwork-see.net).

Contact for requests is: Dr Patricia Schneider, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Falkenstein 1; D-22587 Hamburg, Germany, Telephon: +49-(0)40-866 077-20; Email: info.MPS@uni-hamburg.de

Tasks of the Network

1.1 Academic Cooperation	95
1.1.1 <i>Setting up and Fostering Contacts</i>	95
1.1.2 <i>Workshops</i>	95
1.2 Scientific Projects	96
1.2.1 <i>History</i>	96
1.2.2 <i>Present</i>	97
1.2.3 <i>Future</i>	98
1.2.4 <i>Methodical Approaches</i>	98
1.2.5 <i>Student Contributions</i>	98
1.2.5 <i>Role of IFSH/CORE/ZEUS</i>	99
1.3 Academic Support of Third-Party Projects	99
1.3.1 <i>Intended Synergy Effects</i>	99
1.3.2 <i>Target Groups</i>	99
1.3.3 <i>Forms and Means of Contributions</i>	99
1.4 Shaping of Public Opinion	99
1.4.1 <i>Target Groups (Politics, Economy, Society, Media)</i>	99
1.4.2 <i>Content and Methods</i>	100

Tasks of the Network

1.1 Academic Cooperation

1.1.1 Setting up and Fostering Contacts

Aims of setting up contacts: Aims of setting up contacts are lasting cooperation and academic exchange with academics from other institutes (see 1.3.2).

Target groups in Southeast Europe: The primary target groups in Southeast Europe are various postgraduate study programmes, i.e. students of these programmes, doctorate students, and assistants. Besides, there are professors who could be invited as visiting lecturers, e.g. Dr Janja Bec Neumann, Prof Dragoljub Stojanov, Revd Marko Osulic, etc.

Target groups in Germany: Graduates of the Master programme “Peace Research and Security Policy” and other students/graduates with a particular interest in the Balkans.

Other target groups: Other target groups could be experts, the media, and political decision makers.

Role of the IFSH: The Institute for Peace Research and Security Policy at the University Hamburg serves as centre of all activities and simplifies setting up and fostering contacts. The IFSH offers rooms and funding for the workshops (e.g. via project requests at the German Academic Exchange Service (DAAD)) to ensure their lasting holding. Apart from Dr Patricia Schneider, the IFSH’s deputy director Prof Dr Dr Hans-Joachim Gießmann is contact at the IFSH (for the DAAD, too).

1.1.2 Workshops

Aims of the workshops: Aims of the workshops are a deepened examination with various issues relevant to peace research, academic exchange, and linking of the network’s members in Germany with those in southeast Europe.

Target groups: The workshops’ target groups are Master students, alumni of the Master programme, and other students and/or graduates interested in the network, who want to actively take part in building the network. Only those students and/or graduates are admitted in the

network who want to be active within the network for quite some time.

1.2 *Scientific Projects*

The IFSH provides an institutional framework, within the network's members can develop and realise proposals for projects. The network's members take care of the particular projects' funding by themselves. It is also possible to link Master dissertations of the MPS programme with projects of the network. Furthermore, doctoral theses are planned in this context.

1.2.1 *History*

Conflict genesis and conflict analysis: The complexity of conflicts in southeast Europe should be presented and examined by using different viewpoints. The different views and descriptions of the conflicts in the various countries and republics should be presented, too. Thus, a transparent handling of history will be ensured. All levels of persons involved should be included.

Interests of stakeholders (national, international): Linked to conflict genesis and conflict analysis, the interests of international and national stakeholders in the past should be closer examined.

Future prospects from the past: Using the historical perspective, a look into the future may be dared. Existing future prospects from various epochs should be examined, too.

Historical perspectives from history (causes of conflicts): Without taking the present knowledge into account, causes of conflicts could be examined by using a subjective perspective of history.

Experiences with the prevention of violence (national, regional): Have there been historical examples of the prevention of violence? If so, where and when, and especially how was it implemented? Both the regional and national prevention of conflict are to be examined.

Experiences with overcoming conflicts (national, regional): Is it possible to learn from past experiences of overcoming conflicts? Had there been any overcoming at all, or were crises simply either "forgotten" or repressed?

Analysis of the prevention of violence and overcoming internal and international conflict (actors: states, IGOs, NGOs; instruments: civil, military; methods: cooperative, confronting): Using examples of the successful prevention of violence and the overcoming of conflicts, it

should be examined in what way these solutions may be applicable to the conflict in southeast Europe.

1.2.2 *Present*

Conflict situation and threat analysis: Apart from various perspectives of the conflict situation, especially the threat analysis should be conducted by applying the perspective of the particular state/region (apart from academic papers, governmental statements, media coverage, and especially the regional daily press, interviews, etc. could be referred to for this analysis).

Stakeholder interests (national, regional, international): The interest of national, regional, and international actors should be examined. Attention should be given to the interests, i.e. if they are either presented in public or pursued subliminally.

Historical perspectives from the present: Is history viewed differently today than some 10 years ago? What has changed and what has remained the same when history is viewed? How is history taught at schools and perceived by the public? Who is currently writing the history in the Balkans?

Future prospects from the present: Conceivable and partly already developed future scenarios for the region's states should be analysed (especially from politics). What is the role of the accession to the EU in this regards?

Models for reviewing history: Advantages and disadvantages of various models of reviewing history are presented and examined for their effectiveness. Different (methodical) approaches should be used.

Models of preventing violence and crises: Apart from Macedonia, are there further examples of preventing violence and crises in the region? If so, which ones? Which models are being used?

(Possibilities of) the effect of international actors: The military effects of international actors and the limits of their effectiveness should be examined. Furthermore, possibilities of civil effects should be examined. How should the criticism of international actors be treated, i.e. that they are too expensive and lack knowledge of countries and culture? How should the difficulty be treated that comparing NGOs is hardly possible as they are acting in different sectors? Does it only remain to judge them by their own demands?

Diaspora: Positive and negative influences from the Diaspora should be examined more closely (e.g. lobbying and funding the conflicts, but also initiatives such as "Students building Bridges"). How can

one actively oppose the negative influences, and how can the positive influences be supported?

Analyses of third-party experiences/models: Other experiences and models should be examined (e.g. the TRT Model (“to trust and reflect”), Franco-German, Polish-German, Israeli-German etc relationships, truth and reconciliation commissions).

1.2.3 Future

Models of reconciliation: It should be tried to develop models of reconciliation that include all the actors’ levels and are to be adapted to the needs of different countries. When doing so, a model should be striven for that would form a link between “bottom-up-“ and “top-down-approaches”.

Analyses of the transferability of third-party experiences/models: Previously examined models of reconciliation will be analysed in regards to their transferability to southeast Europe. Is it possible to combine several models with each other, or is (n)one of them of any use?

Security and peace (detail projects, see above)

Democratisation and civil society (detail projects, see above)

Economy and ecology (detail projects, see above)

Education, public, culture (detail projects, see above)

1.2.4 Methodical Approaches

There are different possibilities for forming academic projects. The subjects may be examined from different perspectives (historical vs. future perspective), on their own, or linked together. When holding lectures on historical topics, links to the present should be established. Local and international organisations that seriously contribute to the reconciliation process in southeast Europe might be included in the network.

1.2.5 Student Contributions

The presentations’ role and way should be discussed more closely. The presentations’ quality is especially important, as is the students’ motivation.

1.2.5 Role of IFSH/CORE/ZEUS

The IFSH (especially its sections ZEUS and CORE) is serving as facilitator and institutional embodiment for the network.

1.3 Academic Support of Third-Party Projects

1.3.1 Intended Synergy Effects

Synergy effects should be created by cooperation with various partner universities and/or study programmes. Among other things, this refers to the cooperation of students when writing Master dissertations with similar subjects. Thus, research is simplified, and academic cooperation will be further supported.

1.3.2 Target Groups

Universities and especially postgraduate programmes in southeast Europe can be considered as target groups.

1.3.3 Forms and Means of Contributions

Forms and means of contributions are e.g. common consultations on similar or equal subjects of research; admission of students from other study programmes for a practice semester; exchange or “lending” of lecturers; organising local workshops on the spot, et al. For the time being, only a few cooperation partners are wished for to enable closer cooperation.

1.4 Shaping of Public Opinion

1.4.1 Target Groups (Politics, Economy, Society, Media)

Southeast Europe: Cooperation partners from the above-mentioned sectors should be searched specifically for. Attention should be particularly drawn to taking into account all the countries and entities.

Germany: Primary contact are the IFSH and CORE, as well as the University Hamburg, and the DAAD. Further cooperation should be striven for.

Others: In future, cooperation partners may be sought for in neighbouring countries (regarding to southeast Europe), e.g. Albania, Bulgaria, Greece, Italy, Austria, Romania, Slovenia, Hungary.

1.4.2 Content and Methods

Academic Projects

Target Groups: Target groups are young academics from southeast Europe and the European Union, as well as professors.

Project Results: Project results should be submitted in written and digital form, thus facilitating transparency and further development.

Interim Project Results: Interim project results could be presented at workshops, research colloquia, et al.

The network's concept was jointly drawn up by the network's members and will be further developed in the future.

Additional information on the "Academic Network Southeast Europe" can be obtained at:

<http://www.academicnetwork-soe.net/> or at:

<http://de.groups.yahoo.com/group/Akad-Netzw-SOE/>

Dr. Patricia Schneider
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
Falkenstein 1
D-22587 Hamburg
Germany
Tel. +49-(0)40/866 077-20
Fax: +49(0)40/866 3615
Internet: www.ifsh.de
E-mail: schneider@ifsh.de